



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 2

Februar 1973

## AIB-Aktuell

S. 2

## Portugiesische Kolonien

Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

S. 3 – 4

Gemeinsames Referat des Organisationskomitees

S. 4 – 7

Offener Brief an Bundeskanzler Brandt

S. 7 – 8

Appell

S. 8 – 9

AIB-Interview mit dem Weltbund der Demokratischen Jugend

S. 9 – 11

Mord an Cabral

S. 11 – 14

Telegramm an die PAIGC

S. 14

## Tanzania

M. R. Bhagavan:

Probleme der sozialistischen Entwicklung in Tanzania

S. 15 – 21

## Chile

Elisabeth Boris, Hans Haustein:

Chile/BRD – westdeutsches Gericht als Handlanger eines  
US-Konzerns?

S. 21 – 23

Salvador Allende:

Bericht im sowjetischen Fernsehen

S. 23 – 25

## Vietnam

Wortlaut des Abkommens über die Beendigung des Krieges  
in Vietnam

S. 26 – 29

## Kurzinformation

S. 30 – 32

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB- AKTUELL

Das in Paris unterzeichnete Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurde von den Vertretern der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) und der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) der Republik Südvietnam mit Recht als ein großer Sieg des vietnamesischen Volkes, der sozialistischen Länder und der internationalen Solidaritätsbewegung gewürdigt.

Nach einem jahrelangen Aggressionskrieg mußten die Vertreter der USA ihre Unterschrift unter ein Dokument setzen, das dem vietnamesischen Volk Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit garantiert. Die US-Aggressoren mußten sich verpflichten, ihre Truppen aus Vietnam vollständig abzuziehen. Genau dafür haben die Vietnamesen unter großen Opfern viele Jahre lang gekämpft.

Das Abkommen ist in der Tat auch ein Sieg der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, die mit ihren großzügigen materiellen Hilfeleistungen - sichtbar geworden im Abschub von 81 Flugzeugen, darunter 34 B-52 - innerhalb von zwölf Tagen - zum militärischen Scheitern der Aggressoren wesentlich beigetragen haben.

Die internationale Solidaritätsbewegung in allen Ländern der Welt, die gerade in den letzten Wochen ungeheuer angewachsen ist und unüberhörbar die Verbrechen der US-Aggressoren angeklagt hat, trug gleichfalls in großem Maße ihren Anteil zum Sieg der vietnamesischen Patrioten bei. Als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung hat auch die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" mit ihren vielfältigen Aktionen - die machtvolle Manifestation am 20. Jan. 1973 in Dortmund war ein Ausdruck dafür - einen entsprechenden Beitrag geleistet.

\* \* \* \* \*

Alle Freude über das errungene Abkommen darf aber jetzt nicht dazu verleiten, unaufmerksam und inaktiv zu werden. Noch begehen die US-Aggressoren weiter Kriegshandlungen gegen Laos und Kambodscha. Auch in Vietnam haben die USA keineswegs ihre Versuche zur Einflußnahme aufgegeben. Während in Thailand über 40.000 US-Soldaten stationiert sind, drohen offizielle US-Sprecher damit, notfalls wieder ihre Luftwaffe über Vietnam einzusetzen. Washington plant, ca. 12.000 konsularische und diplomatische Beamte nach Südvietnam zu schicken. Auf Umwegen soll also versucht werden, doch noch Militärberater ins Land zu schleusen.

Dem entspricht, daß die US-Regierung angekündigt hat, sie wolle die Thieu-Clique voll unterstützen. Die Thieu-Clique aber wiederum verstößt rigoros gegen das Abkommen:

- selbst bürgerliche Journalisten berichten, daß es die Thieu-Söldner sind, die unentwegt in befreite Gebiete einfallen;

- Thieu läßt erklären, jeder Kommunist - womit die Anhänger der FNL und der PRR gemeint sind - werde umgelegt, der sich im Bereich der Marionettenregierung blicken lasse;

- die systematische Liquidierung von gefangenen Kadern der FNL und der Neutralisten wird fortgesetzt;

- Thieu stempelt zahlreiche Gefangene zu "Kriminellen" und verhindert somit ihre Freilassung;

- den in strategische Wehrdörfer und Konzentrationslager verschleppten Menschen wird

die Rückkehr in ihre Heimatdörfer verwehrt, damit sie nicht in den Verwaltungsbereich der PRR gelangen;

Die internationale Solidaritätsbewegung hat jetzt die Pflicht, die Verbrechen des Thieu-Regimes anzuklagen und auf die strikte Einhaltung des Abkommens zu drängen. Die US-Regierung muß alle Aggressionshandlungen in ganz Indochina - also auch in Laos und Kambodscha - unverzüglich einstellen.

Das vietnamesische Volk ist mehr denn je auf die solidarische Hilfe der fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt angewiesen, um die durch die US-Aggression verursachten Kriegsschäden zu beheben.

**SPENDEN an:**

**Hilfsaktion Vietnam e. V., Düsseldorf,  
PSchK Nr. 900 40, PSA Essen**

Deshalb sollten die Freunde des vietnamesischen Volkes in der BRD ihre materielle Solidarität intensivieren. Die Hilfsaktion Vietnam ist die einzig konsequente Hilfsorganisation in der BRD. Sie hat bereits zu einem Zeitpunkt geholfen, als die B-52 ihre barbarischen Angriffe flogen, als Tonnen von Napalm und chemischer Kampfstoffe über Vietnam abgeworfen wurden. Wo standen damals Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz? Was tat und tut die Bundesregierung mit ihren "Hilfs"-geldern? Kein Pfennig wurde bisher an das Rote Kreuz der DRV bzw. der FNL/PRR gegeben. Selbst die fortschrittlichen buddhistischen Organisationen blieben unberücksichtigt. Das korrupte Thieu-Regime aber erhielt Millionenbeträge und bekommt sie nun schon wieder. Genau die Verbrecher, die im Auftrag ihrer US-amerikanischen Schutzherrn alles taten, um den Krieg zu verlängern, die heute pausenlos gegen das unterzeichnete Abkommen verstoßen und die täglich ihre Konten in der Schweiz auffüllen. Die Solidaritätsbewegung der BRD muß dafür sorgen, daß kein Pfennig in die Hände der Thieu-Clique kommt und damit in den Saigoner Korruptions-Kanälen verschwindet. Es geht um die von der US-Aggression betroffenen Menschen und nicht um die Profitmacher des Krieges.

Deshalb:

Verstärkte materielle Hilfe für Vietnam - jetzt!

Aber:

Keinen Pfennig für das Saigoner Marionettenregime!

Zahlreiche Bundestagsabgeordnete und andere Repräsentanten des öffentlichen Lebens haben die Forderung nach diplomatischer Anerkennung der DRV aufgegriffen. Diese Bewegung muß weiterbetrieben werden.

Die Bundesregierung muß außerdem gezwungen werden, die ständigen Verstöße der Thieu-Clique gegen das Abkommen zu verurteilen und jegliche Unterstützung für dieses verbrecherische und friedensfeindliche Regime einzustellen. Dagegen muß Bonn sofort diplomatische Beziehungen mit der PRR aufnehmen, wobei die Genehmigung für ein Informationsbüro der PRR in der BRD ein erster Schritt dazu wäre.

Die Einreisebeschränkungen für DRV- und PRR-Vertreter sowie für Repräsentanten der Befreiungsbewegungen von Laos und Kambodscha müssen unbedingt aufgehoben werden.

Im Sinne dieser Forderungen muß die Arbeit der Solidaritätsbewegung in der BRD weitergeführt werden.

Die Völker Indochinas, die ihren Unabhängigkeits- und Freiheitskampf mit großen Opfern bezahlen müssen, sind in jeder Stunde auf unsere aktive Solidarität angewiesen.

# PORTUGIESISCHE KOLONIEN

## KONGRESS FREIHEIT FÜR ANGOLA, GUINEA-BISSAO & MOZAMBIQUE

(Dortmund, den 13./14. Januar 1973)

Der Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique", der am 13./14.1.73 in Dortmund stattfand, stellt ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung der Solidaritätsbewegung mit den Völkern der portugiesischen Kolonien in der BRD dar. Über 80 lokale Gruppen und bundesweite Organisationen mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Positionen waren bereit, auf diesem Kongreß ihr Engagement für den Befreiungskampf der Völker in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique gemeinsam zu manifestieren, gemeinsame Forderungen sowie Vorstellungen über weitere gemeinsame Aktionen zu entwickeln.

Die Repräsentanten der 3 Befreiungsbewegungen, Antonio Neto (MPLA-Angola), Gil Fernandez (PAIGC-Guinea-Bissau) und Armando Panguene (PRELIMO-Mozambique) stellten die Situation des Kampfes in ihren Ländern dar. In sechs Arbeitsgemeinschaften diskutierten die ca. 1 000 Kongreßteilnehmer über den nationalen Befreiungskampf, den portugiesischen Kolonialismus, die Rolle der Republik Südafrika, die Unterstützung Portugals durch die BRD und die NATO-Staaten, das Verhältnis von Kirche und Kolonialismus und über die Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der BRD.

Übereinstimmung wurde in allen Arbeitsgemeinschaften über die Durchführung einer von der UNO proklamierten Solidaritätswoche mit den Völkern von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique vom 25. Mai bis 1. Juni erzielt. Sie soll dazu dienen, daß in möglichst vielen Orten in der BRD alle engagierten Gruppen und Organisationen gemeinsame lokale Aktionen durchführen. Es wird hier vor allem darauf ankommen, die Befreiungsbewegungen politisch und materiell zu unterstützen, von der Bundesregierung die Einstellung aller Hilfe für Portugals Kolonialkrieg zu fördern und über die Ursachen der Beteiligung an der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der portugiesischen Kolonien durch westdeutsche Konzerne und Regierungen zu informieren. Das Organisationskomitee des Kongresses (vgl. die Liste der unterstützenden Organisationen) wird auf allgemeine Empfehlung hin regionale Vorbereitungstreffen organisieren, auf denen alle Fragen der UNO-Woche konkret diskutiert werden sollen. ( Vorläufige Anschrift des Organisationskomitees: 46 Dortmund, Am Richtersbusch 6 ).

Den Abschluß des Kongresses bildete die Verabschiedung eines Appells sowie eines offenen Briefes an Bundeskanzler Brandt.

### Liste der den Kongreß unterstützenden Organisationen

Aktion Dritte Welt Afferde  
Aktion Dritte Welt Düren  
Aktion Dritte Welt Gelsenkirchen  
Aktion Dritte Welt Heidelberg-Land  
Aktion Dritte Welt Viersen  
Aktion Dritte Welt Wesel  
Arbeitsgemeinschaft für Lateinamerika Hamburg  
\* Aktionskomitee Afrika (AKAFRIK) Bielefeld  
Aktionskomitee Afrika (AKAFRIK) Münster  
Arbeitskreis Antirassismus Westberlin  
Aktionskreis Dritte Welt Landesjugendpfarramt Kaiserslautern  
\* Aktionskreis Dritte Welt Dortmund  
Aktionskreis Dritte Welt Minden  
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler Hannover

Arbeitskreis Dritte Welt Marburg  
Arbeitskreis Entwicklungshilfe Bremen  
Arbeitskreis Entwicklungshilfe Ditzum  
Arbeitskreis "Martin Luther King" Höhr-Grenzhausen  
Aktion Antirassismus Darmstadt  
Aktion 1/3 Heidelberg  
Aktion Selbstbesteuerung (ASB) - Bundesvorstand  
Aktion Kritischer Konsum Karlsruhe  
AKUZ Augsburg  
Amnesty International, Deutsche Sektion e.V.  
\* Antimperialistisches Informationsbulletin Marburg  
Antimperialistisches Komitee Saarbrücken  
AStA der Fachhochschule Mannheim  
AStA der Pädagogischen Hochschule Landau  
AStA der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld

Cabora Bassa Gruppe Frankfurt  
 Chlamydomonas Kaltenkirchen  
 \*Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau  
 und Mozambique, Bonn  
 Deutsche Friedensgesellschaft / Internatio-  
 nale der Kriegsdienstgegner (DFG/IdK), Bun-  
 desvorstand  
 DGB-Jugend Würzburg  
 Deutsche Jungdemokraten Dortmund  
 DKP-Hochschulgruppe Köln  
 DPSG Daun  
 Evangelische Studentengemeinde Aachen  
 Evangelische Studentengemeinde Gießen  
 Evangelische Studentengemeinde Köln  
 Evangelische Jugend Alfeld  
 Gewaltfreie Aktion Augsburg  
 Gewaltfreie Aktion München  
 Hendrik-Kraemer-Haus Westberlin  
 Internationalismus Arbeitskreis (IAK), Bun-  
 desvorstand  
 \*Informationszentrum Dritte Welt Freiburg  
 Jugendausschuß der Vereinigten Kirchenkrei-  
 se Dortmund + Lünen  
 Jungsozialisten in der SPD - Bundesvorstand  
 Kampagne Südliches Afrika Münster  
 Katholische Hochschulgemeinde Darmstadt  
 Katholische Hochschulgemeinde/Aktionskreis  
 Dritte Welt München  
 Komitee Südliches Afrika Westberlin  
 Komitee Südliches Afrika Hamburg  
 Kritischer Katholizismus Köln

Lehrlingsgruppe Mühlacker  
 MSB Spartakus, Bundesvorstand  
 Naturfreundejugend Dortmund  
 Ökumenischer Arbeitskreis Dritte Welt Lippe  
 Ökumenischer Arbeitskreis Duisburg  
 Projektgruppe Gesellschaftliche Entwicklung  
 Neustadt  
 Pogrom (Redaktion) Hamburg  
 Progressive Pazifisten und Kriegsdienstver-  
 weigerer Duisburg  
 Projektgruppe Afrika in der Evangelischen  
 Studentengemeinde und Katholischen Hoch-  
 schulgemeinde Bielefeld  
 Schülerbasisgruppe Aurach  
 \*Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend  
 (SDAJ), Bundesvorst.  
 Shalom Arbeitsgemeinschaft Westerwald  
 SHB-Bundesvorstand  
 SJD "Die Falken" Hannover und Schweinfurt  
 Sozialistisches Büro Offenbach  
 Tribunalgruppe Aachen  
 Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK)  
 Bonn  
 Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)  
 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes  
 e.V. - Landesverband Nordrhein-Westfalen  
 \* Je ein Vertreter dieser Gruppen war Mit-  
 glied des Organisationskomitees, das den  
 Kongreß vorbereitete.

## Gemeinsames Referat des Organisationskomitees

Werte Kongreßteilnehmer, liebe Freunde!

Wenn wir heute hier den Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" durchführen, so können wir auf eine Zeit intensivster Vorarbeit zurückblicken, in der alle den Kongreß unterstützenden Organisa- tionen ihren Beitrag geleistet haben. Die So- lidaritätsbewegung mit den Völkern der por- tugiesischen Kolonien in der Bundesrepublik hatte noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst kam es darauf an, mit den lokal arbeitenden Gruppen Kontakte zu knüpfen, einen Informationsaustausch herzustellen und auch andere politische Verbände und Organisationen für die Unterstützung unse- rer Ziele zu gewinnen. Es galt ebenfalls, die Bevölkerung der BRD über die Verbrechen des portugiesischen Kolonialismus in Afrika aufzuklären, die der größte Teil der Presse unseres Landes geflissentlich verschweigt.

Und wenn wir heute über die Aktivitäten seit dem 30. September 1972 Bilanz ziehen - seit der Wahl des Organisationskomitees in Bonn - so können wir feststellen, daß die Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden Völ- kern der portugiesischen Kolonien in den letzten Wochen in der BRD einen Aufschwung genommen hat, dessen Ausdruck dieser Kongreß ist. Es haben Veranstaltungen und Vortrags- reihen über die Probleme des Kampfes in den portugiesischen Kolonien stattgefunden, In-

formationsstände, Sammlungen und andere Ak- tionen. Wir sind der Meinung, daß die Durch- führung des Kongresses einen wichtigen An- stoß für diese Aktivitäten gegeben hat.

Der Kongreß versteht sich als Ausdruck einer ständig wachsenden Solidaritätsbewe- gung in der Bundesrepublik. Er wird - so hoffen wir - einen wichtigen Beitrag zur weiteren Stärkung der Bewegung und zum ge- meinsamen Handeln aller antiimperialistischen und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes leisten. Und der Kongreß ist ein Teil einer immer größer werdenden Kampagne auf der gan- zen Welt, geführt von allen fortschrittli- chen Menschen gegen Unterdrückung und Krieg, für Unabhängigkeit und ein gerechtes Gesell- schaftssystem.

Eine wichtige Voraussetzung für die Ent- wicklung der Solidaritätsbewegung und zur Vorbereitung des Kongresses begann vor ca. drei Jahren durch die Arbeit der "Dritte- Welt-Gruppen". Diese Gruppen leisteten wich- tige Beiträge bei der Veröffentlichung von Informationen über diese Problematik.

Dieser Kongreß wurde von einer Anzahl "Dritte-Welt-Gruppen" initiiert und wird heute von rund 80 Gruppen und Organisationen getragen. Darunter sind die Vorstände der größten Jugend- und Studentenorganisationen unseres Landes - der Jungsozialisten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend,

der Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner, der Amnesty International, der Naturfreundejugend, des Verbandes Deutscher Studentenschaften, des SHB und des MSB Spartakus - um nur einige zu nennen.

Wir glauben, daß diese Tatsache ein Ausgangspunkt sein muß, um von der gemeinsamen Kongreßvorbereitung zu einer großen, einheitlichen Solidaritätsbewegung in unserem Lande zu kommen. Diesen Kongreß tragen Gruppen und Organisationen unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen. Und natürlich zeigen sich bei einem solchen Bündnis Schwierigkeiten. Auch im Organisationskomitee haben wir oft stundenlang um gemeinsame Formulierungen ringen müssen oder konträre Standpunkte bestehen lassen müssen. Wir können aber heute rückblickend sagen, uns hat eines immer wieder geeint: Das gemeinsame Ziel der Solidarität mit den Freunden der Befreiungsbewegungen, die gemeinsame Unterstützung ihres harten und schweren Kampfes für die Unabhängigkeit ihrer Völker, für das Recht, eine Gesellschaftsordnung nach ihrem eigenen Willen aufzubauen.

Die gemeinsame Solidarität sollte auch die oberste Maxime des Kongresses sein. Es darf nicht Sinn und Zweck des Kongresses sein, die hier und jetzt erreichten Positionen auseinanderzudiskutieren, gegensätzliche Standpunkte überzubetonen oder dort ideologische Auseinandersetzungen zu führen, wo sie fruchtlos sind. Wir alle wissen, daß dieser Kongreß von einem breiten Bündnis von Gruppen und Organisationen getragen wird, die unterschiedliche politische, ideologische und weltanschauliche Auffassungen vertreten. Unserer Meinung nach hat der Kongreß mit seinen Arbeitsgemeinschaften die Aufgabe, die gemeinsamen Auffassungen zu diskutieren: Er soll eben diese unterschiedlichen Kräfte zur Zusammenarbeit in einer Frage führen, in der Frage der Solidarität mit den Völkern Angolas, Guinea-Bissaus und Mozambiques.

Entwicklung dieser Solidaritätsbewegung stellte die Beteiligung von bundesdeutschen Konzernen am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique dar. Siemens, AEG, BBC, Hochtief und Voith bezeichneten ein Projekt mitten im Kolonialkriegsgebiet von Mozambique seit über drei Jahren ausdrücklich als "Musterprojekt". Sie sprachen von einer UNO-Empfehlung, die es nie gegeben hat. Sie sprachen von einer Billigung der OAU, die nie stattgefunden hat. Sie sprachen von Bewässerung

und Industrialisierung der Umgebung, es gibt dafür jedoch keinerlei Realisierungsmöglichkeit, denn die gesamte Elektrizität wird nach Südafrika überführt.

Durch die Cabora-Bassa-Kampagne wurde vielen klar, warum sich die westdeutschen Konzerne an diesem Projekt beteiligen: Sie fördern den Kolonialkrieg bewußt, um Mineralien und billige Arbeitskräfte im südlichen Afrika im Griff behalten zu können.

Und es sind dieselben Konzerne, die an Portugal Waffen liefern. Sie machen noch Profite mit den Waffenlieferungen an das Kolonialregime, das der Absicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen dient. So z.B. der Siemens-Konzern mit den von Blohm & Voß an Portugal gelieferten drei Korvetten. Diese Konzerne scheuen nicht einmal davor zurück, das Grundgesetz der BRD zu brechen oder den schmutzigen Krieg zu unterstützen, wenn es um ihre Profite geht.



Weiterhin wurde in dieser Cabora-Bassa-Kampagne gezeigt, daß bisher alle Bundesregierungen zu den wichtigsten Lieferanten von Kriegsmaterial für Portugals Kolonialkrieg gehören.

Für Kuba, Nordvietnam oder Nordkorea wurden von keiner Bundesregierung Hermes-Bürgschaften bewilligt. Aber die Hermes-Bürgschaften für das Kolonialkriegsprojekt des faschistischen Portugal wurde am 5. Juni 1970 von dieser SPD/FDP-Regierung unterzeichnet!

Die Bundesregierung zog auch als Folge der Cabora-Bassa-Kampagne die Hermes-Bürgschaft für das Uran-Projekt in Namibia zurück; wir wissen aber auch, daß dieselbe Bundesregierung über ihre Beteiligung an der Urangesellschaft über einen VEBA-Anteil von 30 % weiter dieses Projekt betreibt.

Diese Bundesregierung betreibt über die Konzerne VW, Lufthansa, Salzgitter in Südafrika legalisierten Rassismus, um Geschäfte zu machen: Sie ist mit ihrem Einfluß auf den Aufsichtsrat von Krupp am Raub der hochwertigen Eisenerzlager von Cassinga in Angola als Hehler beteiligt!

Keiner der Beamten in den Aufsichtsräten dieser staatlichen Firmen ist - im Gegensatz zu Sozialisten und Demokraten in der Bundesrepublik - vom Berufsverbot bedroht, obwohl gerade sie gegen elementare Teile des Grundgesetzes dieses Staates verstoßen. Strauß hatte für den Fall eines CDU/CSU-Wahlsieges Waffenlieferungen an die südafrikanischen Unterdrücker angekündigt. Mit diesen reaktionären Traditionen muß endgültig und sofort gebrochen werden!

Wir fragen von dieser Stelle aus die Bundesregierung: Werden zu dieser Zeit auf der Werft Abeking und Raßmussen in Bremen-Vegesack Schnellboote für Portugal gebaut, deren Elektronik von Siemens geliefert wird. Verhandelt die Regierung der Südafrikanischen Republik mit Blohm & Voß über die Lizenz für den Bau von sechs Korvetten? Wir fordern: Sofortiger Stopp von Waffenlieferungen an das faschistische Portugal!

Auf der Siemens-Hauptversammlung 1972 wurde dem Vorstand vor 2700 Teilnehmern gesagt: "Sie leisten Beihilfe zum Mord!" Siemens konnte es nicht wagen, gegen diese Behauptung Klage zu erheben, die Beweislast ist erdrückend: Solange mit westdeutschen MGs, MPs und G 3s, zu Wasser von westdeutschen Schnellbooten, Flußbooten und Korvetten, zu Lande von westdeutschen Unimogs, Militärfahrzeugen und Mercedes-Benz-LKWs und aus der Luft von westdeutschen Düsenjägern und Raketenträgern Menschen in den Kolonien ermordet werden, solange sind die Befreiungsbewegungen gezwungen, auch militärischen Widerstand zu leisten. Wir in der Bundesrepublik sind aufgefordert, diese Waffenlieferungen zu verhindern und damit einen Beitrag zu leisten, damit in den drei Ländern die Bedingungen für einen friedlichen Aufbau geschaffen werden.

Nicht der monokeltragende General Spino-la, sondern die PAIGC schafft den Frieden in Guinea-Bissau. Nicht Krupp und Gulf-Oil, sondern die MPLA vertritt die Interessen der Bevölkerung Angolas, nicht die Kriegselektronik-Spezialisten Siemens und AEG, sondern die FRELIMO bringt die Beendigung des Krieges für Mozambique. Der UN-Sicherheitsrat hat im November 1972 Portugal auf-

gefordert, mit den Vertretern der Bevölkerungen der Kolonien Verhandlungen aufzunehmen, mit den Befreiungsbewegungen. Der Weltkirchenrat hat den Beitrag für das Anti-Rassismus-Programm auf 2 Millionen Dollar erhöht. Wir, die Veranstalter dieses Kongresses, sind also nicht Teile der kleinen radikalen Minderheit, die wie diese Konzernherren die Beschlüsse der UNO über den Haufen werfen.

Die Aufbauleistungen der Befreiungsbewegungen von Angola, MPLA, von Guinea-Bissau, PAIGC, von Mozambique, FRELIMO, sind Teil einer weltweiten antiimperialistischen Bewegung, zu der auch dieser Kongreß einen Beitrag leisten will. Daß diese Entwicklung unter besonderer Beteiligung von NATO-Staaten mit Waffengewalt verzögert wird, fordert unser Engagement gegen die Politik der NATO-Staaten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, zu erklären:

Ist sie weiterhin - wie am 27.10.71 in der Frankfurter Rundschau berichtet wurde - bereit, militärische Ausrüstungen an Portugal zu liefern? Wir fordern: Keine westdeutschen Waffen für Portugal!

Will sie weiterhin den Diebstahl der Erze von Angola durch die Hehlerei von Krupp fördern, will sie weiterhin die Cabora-Bassabürgschaften aufrecht erhalten? Wir fordern: Stoppt die Ausbeutung Afrikas durch bundesdeutsche Konzerne!

Will sie weiterhin den Einsatz der von ihr gelieferten Düsenjäger in den Kolonien durch Stillschweigen gutheißen, die angeblich unter Endverbleibsklauseln geliefert wurden? Ist sie bereit, endlich die Verurteilung des Kolonialkrieges durch Dänemark und die Niederlande in der NATO zu unterstützen? Wir fordern: Keine NATO-Hilfe für Portugal!

Wir fragen: Ist sie bereit, bei der bevorstehenden Unabhängigkeit Guinea-Bissaus die PAIGC - wie auch die anderen Befreiungsbewegungen - diplomatisch anzuerkennen? Wir fordern: Die Anerkennung der FRELIMO, MPLA, PAIGC als die einzigen rechtmäßigen Vertreter der Völker von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau!

Und wir fordern in diesem Zusammenhang gleichzeitig von der Bundesregierung Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA, mit denen sie den schmutzigen Krieg in Vietnam unterstützt. Wie auch in Afrika: Kein Wort der Verurteilung des Völkermordens

durch die Bundesregierung! Gestern drohte der stellvertretende Verteidigungsminister der USA damit, sogar Atomwaffen in Vietnam einzusetzen! Wir werden unseren Protest gegen diese menschenverachtende, mörderische Politik des US-Imperialismus heute zum Ausdruck bringen. Unter der Losung: Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique! Frieden für Vietnam jetzt! fordern wir: Schluß mit den Devisenausgleichszahlungen! Sofortige Verurteilung des US-Krieges durch die BRD! Amis raus aus Vietnam!

In der Entwicklung der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien hat es in der BRD in der letzten Zeit wichtige Fortschritte gegeben. Wir sind der Meinung, daß die Tribüne des Kongresses auch dazu genutzt werden sollte, konkrete Festlegungen für die Weiterentwicklung zu treffen. Ich möchte hier die Sammelaktion der "deutschen-journalisten-union" für Schreibmaschinen erwähnen. Diese Schreibmaschinen sollen für die Verbreitung ihrer Informationsmaterialien den Befreiungsbewegungen zur Verfügung gestellt werden.

Wir begrüßen ebenfalls die Planungen kirchlicher Gruppen und Institutionen, am 20. Mai dieses Jahres einen Angola-Sonntag durchzuführen und möchten für die Diskussion in den Arbeitsgemeinschaften dazu anregen, durch gleichzeitige Aktionen auf örtlicher Ebene in der BRD einen Beitrag zur Woche der Solidarität mit den kämpfenden Völkern der portugiesischen Kolonien vom 25. Mai bis

1. Juni dieses Jahres zu leisten, zu dem die UNO weltweit aufgerufen hat.

Der heutige Kongreß wird in seinen Arbeitsgemeinschaften jedem die Möglichkeit geben, sich über die Arbeit der Befreiungsbewegungen aus erster Hand zu informieren sowie über die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der kolonialen Ausbeutung und deren Unterstützung durch die NATO-Staaten und die Bundesrepublik. Die Arbeitsgemeinschaften bieten die Möglichkeit zur Diskussion und Auseinandersetzung und sollen zu konkreten Vorschlägen für die weitere gemeinsame Arbeit führen. Wir tragen in der BRD die Verantwortung für die Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Wir müssen in unserem Lande unseren Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen leisten, damit die Völker Angolas, Guinea-Bissaus und Mozambiques frei und unabhängig ohne koloniale Unterdrückung und imperialistische Ausbeutung selbst über ihr Schicksal bestimmen können.

Und dazu führt keine Zersplitterung, dazu führt nur der gemeinsame Kampf in der BRD an der Seite unserer Freunde und Kollegen der MPLA, PAIGC und FRELIMO sowie der Vertreter anderer Befreiungsbewegungen, die diesen Kongreß und dessen Aussage unterstützen.

Das Organisationskomitee wünscht in diesem Sinne dem von uns allen gemeinsam vorbereiteten Kongreß einen guten Verlauf und vollen Erfolg!

## Offener Brief an Bundeskanzler Brandt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique hat sich zwei Tage lang - am 13./14. Januar in Dortmund - ausführlich mit den Problemen der nationalen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien befaßt. Er wurde getragen von über 80 Aktionsgruppen und Organisationen und den Bundesvorständen der Jungsozialisten in der SPD, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, der Naturfreundejugend, Amnesty International, des Verbandes Deutscher Studentenschaften, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, der Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner. Über 800 Kongreßteilnehmer, darunter offi-

zielle Delegierte der MPLA, der PAIGC und der FRELIMO sowie Experten, Augenzeugen und zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens der BRD hatten die Gelegenheit, umfangreiches Faktenmaterial über den portugiesischen Kolonialterror zu studieren und darzulegen. Im Verlauf der Beratungen des Kongresses ließen unwiderlegbare Beweise klar erkennen, daß Portugal einen wesentlichen Teil der Unterstützung, die es für seinen Kolonialkrieg benötigt, aus NATO-Staaten, darunter auch der BRD erhalten hat und noch immer erhält.

Dazu zählen die Investitionen bundesdeutscher Konzerne, die, wie die Firma Krupp, die Naturreichtümer dieser Länder ausbeuten und aus den elenden Arbeitsbedingungen der Menschen der portugiesischen Kolonien Riesenprofite ziehen.

Dazu zählt die Beteiligung führender Unternehmen der BRD am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique, der dazu dient, die wirtschaftliche Macht des südafrikanischen Apartheidregimes zu stärken und die nationale Unabhängigkeitsbewegung zu schwächen. Dazu zählt die Unterstützung solcher Investitionen mit Steuergeldern der Bürger dieses Landes. Aus dem Staatshaushalt werden mit Bürgschaften z.B. die Cabora-Bassa-Investitionen gegen jedes Risiko abgesichert. Dazu zählen aber auch vor allem die Waffen und Kriegsmaterialien, die Portugal von den Bundesregierungen - auch unter Ihrer Kanzlerschaft - bis heute erhalten hat und die nachweislich im Kolonialkrieg eingesetzt werden.

Die von Ihnen geführte Bundesregierung stellt den Anspruch, eine auf Frieden und Entspannung gerichtete Politik zu betreiben. Die Regierung dieses Landes, dessen Aufnahme in die Vereinten Nationen bevorsteht, beteuert ihre Verpflichtung gegenüber den Prinzipien der UNO-Charta. Die Verwirklichung dieses Anspruchs erfordert jedoch, daß die Unterstützung für Portugals blutigen Kolo-

## Appell

Der Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" in Dortmund hat überzeugend unter Beweis gestellt, daß die fortschrittlichen christlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte unseres Landes erfolgreich sind, wenn sie gemeinsam den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg führen.

Unsere Diskussionen und die Demonstration gemeinsam mit unseren Freunden aus Angola, Guinea-Bissau und Mozambique haben bewiesen, daß es richtig war, wenn wir im Aufruf zum Kongreß feststellen:

"Solidarität bedeutet nicht nur Hilfe für die Befreiungsbewegungen selbst, sondern liegt auch im Interesse derjenigen, die sich für demokratische Rechte und gegen die Machtausübung durch die Konzerne einsetzen."

Wir haben durch diesen Kongreß unsere Solidarität mit dem Kampf der FRELIMO, MPLA und PAIGC zum Ausdruck gebracht, und wir erklären unsere Bereitschaft, aktiv in der BRD ihren Kampf für eine Gesellschaftsord-

nialterror beendet wird, daß den rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien eine eindeutige Absage erteilt wird, daß die Unterstützung des Völkermordes in Indochina durch Devisenausgleichszahlungen an die USA eingestellt wird.

Die Teilnehmer des Kongresses "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" appellieren an Sie, mit der unseligen Tradition des deutschen Imperialismus, an der Unterdrückung fremder Völker teilzuhaben, Schluß zu machen. Wir appellieren an Sie, an den Friedensnobelpreisträger des Jahres 1972, an den Kanzler der Bundesrepublik:

Unterbinden Sie jegliche Unterstützung des Kolonialismus und Rassismus in Afrika durch die Verweigerung aller staatlichen Förderungsmaßnahmen für Privatinvestitionen in den Portugiesischen Kolonien, in Südafrika, Namibia und Rhodesien! Ziehen Sie die Hermes-Bürgschaften für den Cabora-Bassa-Staudamm zurück! Lassen Sie keine Lieferungen von Kriegsmaterial - weder offene noch getarnte - in die genannten Länder mehr zu! Distanzieren Sie sich öffentlich von den portugiesischen und südafrikanischen Machthabern!

nung nach ihrem eigenen Willen zu unterstützen. Wir haben damit an der Seite unserer Freunde aus diesen Ländern einen Beitrag in der weltweiten antiimperialistischen Bewegung der Völker geleistet.

Solidarität - dieser Gedanke und diese Tat vereinen die Kräfte tausender einzelner Kämpfer, Gruppen und Bewegungen aller Länder.

Solidarität mit den Kämpfern der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Wir fordern entsprechend der UNO-Beschlüsse von der Bundesregierung die sofortige Anerkennung der Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO als einzig rechtmäßige Vertreter der Länder Angolas, Guinea-Bissaus und Mozambiques!

Solidarität mit den Völkern Vietnams, Laos' und Kambodschas! Schluß mit der politischen, finanziellen und moralischen Unterstützung der US-Aggressoren durch die Bundesregierung!

Solidarität mit den unterdrückten und hungernden Völkern. Gegen die neokolonial-



stische Politik der bundesdeutschen Konzerne!

Solidarität mit den Kämpfern gegen Faschismus in Portugal, Griechenland und Spanien. Wir fordern die Einstellung jeglicher Unterstützung Portugals durch die BRD!

Wir appellieren von diesem Kongreß aus an alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen:

Übt Solidarität mit den kämpfenden Völkern der portugiesischen Kolonien, mit den Völkern Indochinas!

Unser Protest, unsere gemeinsamen Aktionen, unsere materielle Hilfe können weitere Beiträge für die endgültige Befreiung Afrikas von Kolonialismus und Rassismus leisten. Die Organisatoren dieses Kongresses werden im Sinne dieser Forderungen die Zusammenarbeit fortsetzen.

Die Völker dieser Erde haben gemeinsame Feinde: Rassismus, Kolonialismus, Imperialismus und Krieg. Im Kampf dagegen wächst unsere Kraft, wenn wir zusammenstehen. Deshalb rufen wir auf, die antiimperialistische Gemeinsamkeit in der Aktion und in der Solidarität weiter zu verstärken!



Ca. 2000 Menschen, Kongressteilnehmer und Dortmunder Bürger demonstrierten am 13.1. unter den Losungen "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique" und "Frieden für Vietnam jetzt".

Für die Befreiung der Völker Angolas, Guinea-Bissaus, Mozambiques und Vietnams von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg!

Solidarität hilft siegen !

## AIB-Interview mit dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ)

Der Vertreter des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ), N, Diongue Babacar, gab dem AIB ein Interview, in dem er eine Einschätzung des Kongresses gibt. Babacar ist der Leiter der Kampagne "Die Jugend klagt den Imperialismus an", die von der internationalen Jugendorganisation seit ihrer achten Generalversammlung 1970 durchgeführt wird.

Frage: Wie beurteilen Sie als Vertreter des WBDJ den Verlauf und die Ergebnisse des Kongresses ?

Ich glaube, daß dieser Kongreß von außerordentlicher Bedeutung war. Nach der Solidaritätskonferenz mit den Befreiungsbewegungen, die 1970 in Rom stattfand und die internationale Bedeutung hatte, ist diese zweitägige Dortmunder Konferenz zum jetzigen Zeitpunkt ein äußerst wichtiges Ereignis im Hinblick auf die gemeinsame Solidaritätsaktion mit den Befreiungsbewegungen.

Dieser Kongreß, der gerade erfolgreich beendet wurde, ist umso wichtiger, als er eine nationale Initiative darstellt. Wie sich

Der WBDJ, der am 10. Nov. 1945 auf der Weltjugendkonferenz in London gegründet wurde, vereinigt Jugendorganisationen der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Richtungen aus fast allen Ländern der Welt mit mehr als 100 Millionen Mitgliedern auf der Grundlage des Kampfes für Frieden, Demokratie und Fortschritt, gegen Imperialismus, Faschismus und Rassismus. Sitz des WBDJ ist Budapest.

in der Diskussion auf dem Kongreß zeigte, bedurfte es zu seiner Vorbereitung mehrerer Monate, während derer verschiedene Gruppen und Organisationen Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene ergriffen - nicht nur in Bezug auf die politische Solidarität, sondern auch auf die materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien. Und dieser Kongreß ist auch insofern wichtig, als er zu einem Zeitpunkt stattfindet, da sich insbesondere in Europa stärker denn je die Notwendigkeit stellt, die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zu entwickeln - wie Sie wissen, hat sich kürzlich in der letzten UNO-Vollver-

sammlung die Rolle der Befreiungsbewegungen, ihr Einfluß und ihr Recht auf diplomatische Anerkennung gefestigt.

Die Zusammensetzung dieses Kongresses beweist in der Tat die Wichtigkeit solcher Initiativen: 80 Gruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik haben sich, vertreten durch über 800 Kongreßteilnehmer, an den Beratungen beteiligt, und - was am wichtigsten ist - die Diskussionen haben gezeigt, daß diese Gruppen seit zwei Jahren bemüht sind, konkrete Aktionen durchzuführen und ihre Arbeit zu koordinieren.

Man kann aber auch sagen, daß die Beteiligung nationaler Organisationen einen sehr wesentlichen Beitrag dafür darstellte, daß dieser Kongreß in Dortmund stattfinden konnte und so erfolgreich war. Ich möchte sagen, daß dadurch die Bedeutung der Aktions- und Solidaritätsgruppen erheblich verstärkt wird, daß sie in der Zusammenarbeit mit den nationalen Organisationen wesentlich an Wirksamkeit gewinnen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Kongresses im Rahmen der internationalen Solidaritätsbewegung?

Dieser Kongreß, der in der BRD stattfand, hat darüber hinaus noch eine weitere Dimension: Wir kennen die Rolle der Regierung und der Konzerne Ihres Landes. Ihre Beziehungen zu Portugal haben nicht nur einen bilateralen, sondern auch einen multilateralen Charakter. Daher gewinnt die Tatsache, daß dieser Kongreß in der BRD stattfand, eine ganz besondere Bedeutung. Ich glaube, daß die Beratungen auch für die - wenn auch nicht sehr zahlreich vertretenen - ausländischen Kongreßteilnehmer Resultate gezeitigt haben. Die Teilnahme am Kongreß, die Erfahrungen, die gewonnen wurden, können dazu beitragen, daß im Verlauf der nächsten Zeit in anderen kapitalistischen Ländern weitere Erfahrungen gemacht werden, daß sich die Initiativen vervielfachen und daß so durch die auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtete Aktion, die von verschiedenen europäischen Ländern - insbesondere den westeuropäischen - ausgeht, eine echte Mobilisierung für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen erreicht werden kann.

Diese Einheitlichkeit der Aktion im europäischen Maßstab ist um so wichtiger, als man sich oft nicht genug in Erinnerung ruft, daß neben den USA in Europa alle Mittel und Kräfte der Unterdrückung, alle Instrumente der Ausbeutung der Länder, die man als 3.

Welt bezeichnet, speziell Afrikas, konzentriert sind.

Wir wissen, daß Portugal - wenn es bis jetzt dem nunmehr 10 Jahre andauernden Kampf der Befreiungsbewegungen widerstehen konnte - dies nur der Unterstützung durch die NATO und die imperialistischen Mächte Europas verdankt.

Frage: Können Sie uns kurz schildern, wie der WBDJ seinen Beitrag zur Stärkung der Solidaritätsbewegung sieht?

Der Weltbund der Demokratischen Jugend hat seit seiner 8. Generalversammlung in Budapest vor zwei Jahren eine Kampagne gestartet, an der sich die antiimperialistische Jugend beteiligt und in deren Rahmen verschiedene Initiativen von uns als internationaler Organisation ergriffen wurden. Auch verschiedene andere Initiativen, an denen sich unsere Mitgliedsorganisationen, wie hier in der BRD die SDAJ, beteiligten, zeigen, daß die Orientierung dieser Kampagne, ihr Inhalt und auch der Zeitpunkt, zu dem sie begonnen wurde, völlig richtig war und ist. Sie ist ein Ausdruck tiefer Solidarität und des antiimperialistischen Kampfes der Jugend in unserer Epoche.

Einen Schwerpunkt dieser Kampagne bildet natürlich der Kampf für den endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes, aber die erste Initiative im Rahmen dieser Kampagne war den Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien gewidmet. Der Weltbund hat im April 1970 in der Hauptstadt der Volksrepublik Kongo eine internationale Jugendkonferenz über den Kampf der Befreiungsbewegungen durchgeführt.

Wir haben in unserer Rede auf dem Kongreß die Teilnehmer auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Vorbereitung auf den 24. April, den weltweiten Tag der antikolonialistischen und antiimperialistischen Jugend aufmerksam gemacht. Wir glauben, daß die verschiedenen Gruppen und Organisationen der Jugend in der BRD diesem Tag der Aktionseinheit gegen den Imperialismus und für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen die entsprechende Wichtigkeit beimessen werden.

Ich möchte zu dem Kongreß mit seinen positiven Ergebnissen, der sich auf die vielfältigen Kämpfe der Jugend dieses Landes gegen den Kapitalismus stützt, eine abschließende Bemerkung hinzufügen: Die Einheit, die zwischen den verschiedenen Organisationen der Jugend erreicht wurde, kann für die Jugend der BRD eine gute Vorausset-

zung für ihre Teilnahme an den Festspielen der Jugend und Studenten der Welt in Berlin, der Hauptstadt der DDR, darstellen. Dieses

## Mord an

# Amilcar Cabral

"In der Tat sehen wir uns einem barbarischen Feind gegenüber, der nicht die geringsten Skrupel bei seinen verbrecherischen Aktionen hat, der mit allen Mitteln versucht, uns zu vernichten, wo immer wir uns auch befinden" (Amilcar Cabral in dem Neujahrsauftrag der PAIGC vom Januar 1973)

Am 20. Januar 1973 wurde Amilcar Cabral, der Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), einer der bedeutendsten Theoretiker der afrikanischen Freiheitsbewegung, vor seiner Wohnung in Conakry ermordet. Die portugiesische Regierung verbreitete eilig die zynische Erklärung: "Politische Gegner ermorden zu lassen, ist nicht unsere Art, Schwierigkeiten zu überwinden" - aber es steht fest, daß die Mörder vom portugiesischen Kolonialismus gekaufte Elemente waren, denen man versprochen hatte, Guinea-Bissau die Unabhängigkeit zu gewähren, wenn sie die PAIGC bekämpfen. Der Mordanschlag war in ähnlicher Weise organisiert worden wie das tödliche Attentat vom 3. Februar 1969 auf Eduardo Mondlane, den Führer der Befreiungsfront von Mozambique. Der Imperialismus versucht, sich in den portugiesischen Besitzungen nicht nur durch Flächenbombardements, Folterungen und die systematische Zerstörung von Dörfern und Feldern, sondern auch dadurch am Leben zu halten, daß er die Befreiungsbewegungen durch die Ermordung ihrer Führer zu schwächen trachtet.

Amilcar Cabral wurde 1925 auf den Kapverdischen Inseln geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte er in Lissabon und arbeitete seit Beginn der fünfziger Jahre in Guinea-Bissau als Landwirtschaftsingenieur. Als "Assimilado"<sup>1)</sup> sollte er im kolonialen Herrschaftssystem mitarbeiten. Aber während

Festival wird zu einem großen Ereignis werden, besonders wegen seines Programmes für die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen.

seiner im Auftrag der portugiesischen Administration unternommenen umfangreichen Inspektionsreisen durch das verarmte und ausgeplünderte Land und seiner agrarstatistischen Arbeiten erkannte er sehr rasch, daß in Guinea-Bissau wirkliche ökonomische, soziale und kulturelle Fortschritte nur erreicht werden konnten, wenn die Hauptursache des Übels - die fünfhundertjährige Kolonialherrschaft der Portugiesen - beseitigt wird.

Mit anderen Intellektuellen und Mitgliedern des städtischen Kleinbürgertums gründete Cabral seit Mitte der fünfziger Jahre verschiedene Klubs und Diskussionszirkel, aus denen im September 1956 die illegale PAIGC entstand, die anfangs nicht mehr als sechs, drei Jahre später etwa fünfzig Anhänger umfaßte. Die Partei versuchte, Kontakte zu den Lohnabhängigen in den Städten zu gewinnen, die nach 1958, als die benachbarte französische Kolonie Guinea in eine Republik umgewandelt wurde, starke Sympathien für das Unabhängigkeitsprogramm der PAIGC entwickelten. Aber infolge der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei gegenüber Vertretern der Unabhängigkeitsbewegung und streikenden Hafentarbeitern konnten zunächst keine größeren politischen Erfolge erzielt werden. Die Jahre nach dem Massaker von Pidjiguiti vom 3. August 1959, während dessen über 50 Arbeiter von Polizei und Militär erschossen wurden, waren durch eine intensive Schulungsarbeit der städtischen Kader unter der Landbevölkerung gekennzeichnet. Die PAIGC sammelte genaue Angaben über die konkrete materielle Lage, die ethnischen und kulturellen Besonderheiten, die soziale Schichtung, die Sitten und religiösen Traditionen der Dorfbewohner, auf deren Grundlage die äußerst langwierige und revolutionäre

näre Geduld erfordernde Arbeit der politischen Aufklärung vorgenommen werden konnte. Cabral hat in zahlreichen Schriften auf die entscheidende Bedeutung dieser Mobilisierungsphase hingewiesen, während der sich die Bevölkerung ein adäquates Bewußtsein ihrer wirklichen Lage erarbeiten mußte. Ein zu rasches Vorwärtsschreiten hätte unweigerlich zu gravierenden Rückschlägen geführt: "Wir überspringen keine Etappen vorzeitig; jedesmal, wenn eine Etappe überwunden ist, schreiten wir ein wenig weiter voran" (AIB 3/1970, S.21).

Nur auf der Grundlage und als Bestandteil dieser politischen Mobilisierung hatte der bewaffnete Kampf Erfolgsaussichten, der schließlich Anfang 1963 aufgenommen wurde und mit dessen Hilfe in der Folgezeit weite Teile der ländlichen Gebiete (über zwei Drittel des Gesamtterritoriums) der portugiesischen Kontrolle entzogen werden konnten. In den befreiten Landesteilen baute die PAIGC trotz außerordentlich großer materieller Schwierigkeiten Schulen, Volksgerichte, Lazarette, Volksläden sowie landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften auf. Im vergangenen Jahr ist es auch gelungen, die Untergrundtätigkeit in verschiedenen Städten Guineas (Bissau, Bafata, Bula) und auch der Kapverdischen Inseln zu intensivieren.

Im Frühsommer 1972 wurden in den befreiten Gebieten nach einer achtmonatigen Vorbereitungs Kampagne allgemeine Wahlen zu Regionalräten und zu einer 120 Vertreter umfassenden Nationalen Volksversammlung durchgeführt, die 1973, im zehnten Jahr des bewaffneten Befreiungskampfes, eine Verfassung ausarbeiten und verabschieden und die Unabhängigkeit des Landes von Portugal proklamieren soll; auf der militärischen, politischen und diplomatischen Ebene erhofft sich die PAIGC hierdurch neue Erfolge. Cabral erklärte in seinem Neujahrsaufruf vom Januar 1973: "Die legitimen Vertreter unseres Volkes bekräftigen vor der Welt, daß unsere im Kampf geschmiedete afrikanische Nation unwiderruflich dazu entschlossen ist, die Unabhängigkeit zu erkämpfen, ohne die Zustimmung der portugiesischen Kolonialisten abzuwarten, und daß das Exekutivorgan unseres Staates unter Leitung unserer Partei, der PAIGC, der einzige wirkliche und rechtmäßige Repräsentant unseres Volkes

ist, der dazu berufen ist, alle seine nationalen und internationalen Probleme zu lösen." Im Kampf gegen den Kolonialismus haben sich die Bewohner von Guinea-Bissau ih-

re eigene Geschichte und politische Identität zurückerobert.

Die Kolonialmacht reagierte auf diese Erfolge mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen. Nach dem Vorbild der französischen Terrorstrategie in Algerien und der US-amerikanischen in Vietnam soll die Bevölkerung durch den Abwurf von Napalm-, Brand- und Splitterbomben, durch Vernichtung der natürlichen Grundlagen der Wirtschaft, durch Zwangsumsiedlungen in "Wehrdörfer" demoralisiert werden. Die Kolonialtruppen, deren Stärke sich in Guinea-Bissau inzwischen auf etwa 45 000 Mann beläuft,<sup>2)</sup> sind dank der großzügigen Waffenhilfe der NATO-Partner Portugals (zu denen insbesondere die BRD zählt - die PAIGC hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die eingesetzten Bomber und Jagdflugzeuge oft noch die Farben der Bundesrepublik tragen) und der rassistischen südafrikanischen Regimes mit modernsten Kriegs- und Vernichtungsmitteln ausgerüstet. Portugal versucht im Verein mit seinen Freunden, den Fall der ökonomisch relativ unbedeutenden Kolonie Guinea-Bissau mit allen Mitteln zu verhindern, der sicherlich ein entscheidender Anstoß für die Stärkung der Befreiungsbewegungen in den viel größeren und mit bedeutenderen Naturreichtümern ausgestatteten Besitzungen Angola und Mozambique wäre.

Gegenüber dem militärisch überlegenen, von den reichsten imperialistischen Staaten massiv unterstützten Gegner konnte die Befreiungsbewegung nur weiterhin an Boden gewinnen, wenn sie sich ihrerseits um internationale Unterstützung bemühte: "Wenn auch die inneren Faktoren entscheidend sind, so darf man doch die äußeren Faktoren nicht vernachlässigen" (Amilcar Cabral, Die Macht der Waffen, AIB 3/1970, S.17). In den letzten Jahren ist es der PAIGC und besonders Cabral gelungen, auf der Ebene der internationalen Politik bedeutende Erfolge zu erzielen. Er brachte die katholische portugiesische Regierung dadurch in Verlegenheit, daß er eine Audienz der Vertreter der drei Befreiungsbewegungen beim Papst erreichte. Die PAIGC wird heute nicht nur von zahlreichen progressiven afrikanischen Staaten und der OAU unterstützt, sondern auch von skandinavischen sozialdemokratischen Parteien und Regierungen, vom Weltkirchenrat, vom Internationalen Roten Kreuz, von der UNO und

Dieses Plakat ist zum Preis von DM 1,- zu beziehen über: Antimperialistisches Informationsbulletin, p.A. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstr. 46

# SOLIDARITÄT

mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau, Mocambique

Aufruf zur  
materiellen

## Hilfe

für die  
Befreiungsbewegungen

## MPLA PAIGC FRELIMO

Prof. Wolfgang Abendroth

Prof. Hans Werner Bartsch

Wilhelm Breuer

Gunnar Matthlessen

Rolf Jürgen Priemer

Dr. Erika Runge

Barbara Schilling

Karl-Heinz Schröder

Dr. Hannelis Schulte

Dr. Kurt Steinhaus

Dr. Martin Walser

Frank Werkmeister

Prof. Erich Wulff



## Postscheckkonto Köln 171 387

## Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, Köln

ihren Unterorganisationen. In den Niederlanden und - wie der Dortmunder Kongreß "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" vom 13./14. Januar 1973 beweist, an dem über 80 westdeutsche Gruppen und Organisationen teilnahmen - auch in der BRD konnte die Protestbewegung an Einfluß gewinnen und die öffentliche Meinung gegen die von den bürgerlichen Massenmedien entweder verschwiegenen oder aus imperialistischer Sicht dargestellten afrikanischen Kolonialkriege Portugals mobilisieren. Die größte Unterstützung erhalten die Befreiungsbewegungen - dies wurde von Cabral noch einmal auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED hervorgehoben - von den sozialistischen Ländern, speziell von der UdSSR: "Wir schmälern nicht die Bedeutung der afrikanischen Solidarität und die Solidarität der anderen antikolonialistischen Kräfte in der Welt, wenn wir offen erklären, daß wir die größte Hilfe in unserem Kampf gerade von der Sowjetunion erhalten".<sup>3)</sup>

Die Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der BRD, deren Regierung trotz verschiedener verbaler Distanzierungen gegenüber der portugiesischen Kolonialpolitik diese weiterhin durch Waffen- und Kapitalhilfen direkt und indirekt unterstützt, hat Amilcar Cabral im Juni 1970 in einem Gespräch mit dem Antimperialistischen Informationsbulletin bestimmt (AIB 2/1970, S.25):

## Telegramm an die PAIGC

Das Organisationskomitee des Kongresses "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" sandte nach der Ermordung des Führers der PAIGC, Amilcar Cabral, ein Telegramm mit folgendem Wortlaut an die PAIGC: "Wir sind entsetzt über den Mord an Amilcar Cabral. Wir trauern mit der PAIGC und dem Volk von Guinea-Bissau um ihren revolutionären Führer im Kampf um die Befreiung von Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus. Der Gedanke der internationalen Solidarität, dessen leidenschaftlicher Vertreter er war, gebietet es, unsere Anstrengungen zu verstärken, um einen Beitrag dafür zu leisten, daß das Volk von Guinea-Bissau Terror und Unterdrückung bezwingen und ein Leben in Frieden und Unabhängigkeit erringen wird."

"Wir glauben, daß die Bevölkerung in der BRD, die Journalisten, die Demokraten, alle progressiven Menschen und alle, die Gerechtigkeit und Freiheit lieben, etwas für uns tun können:

1. Handeln, um die finanzielle, militärische und alle anderen Arten materieller Hilfe ihres Landes für Portugal zu verhindern;
2. den portugiesischen Kolonialismus und die Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten überall anzuprangern. [...]

Die Öffentlichkeit muß über die Gründe und den gerechten Charakter unseres Kampfes informiert werden.

Wir glauben auch, daß sie möglicherweise viele Dinge sammeln können, um sie uns zu schicken: Medikamente, Kleidung und andere Güter. Denn wir sind ein armes Land und führen einen harten Kampf, aber wir werden siegen, das ist sicher."

Materielle Solidarität mit den Freiheitskämpfern in den portugiesischen Kolonien kann durch Zahlungen auf das Postscheckkonto Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, Köln, geleistet werden.

### Anmerkungen :

1) Assimilados sind Mischlinge, die im allgemeinen größere Bildungschancen und eine Reihe von Privilegien gegenüber der schwarzen Bevölkerung besitzen und im Konzept des portugiesischen Kolonialismus eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen der afrikanischen Bevölkerung und den Kolonialherren spielen.

2) Diese Konzentration von Kolonialtruppen erfolgt in einem Land mit nur einer halben Million Einwohnern.

3) Protokoll des 24. Parteitages der KPdSU

Organisationskomitee Kongreß:

Aktionskomitee Afrika, Bielefeld  
Aktionskreis Dritte Welt, Dortmund  
Antimperialistisches Informationsbulletin,  
Marburg  
Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau  
und Mozambique  
Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg  
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend,  
Bundesvorstand

Das Telegramm unterzeichneten ferner die Vorstände von:

Jungsozialisten in der SPD  
Deutsche Jungdemokraten  
Verband Deutscher Studentenschaften  
Deutsche Friedensgesellschaft / Internationale der Kriegsdienstgegner  
Naturfreundejugend Deutschlands  
Marxistischer Studentenbund Spartakus  
Sozialdemokratischer Hochschulbund - SHB

# TANZANIA

M. R. Bhagavan, der am Bedford College der Londoner Universität Ökonomie lehrt, verbrachte 1971 längere Zeit in Tanzania, studierte dort die tanzanische Politik und arbeitete in einem Ujamaa-Dorf (landwirtschaftliches Kollektiv-Dorf). Während er in Dar es Salaam war, organisierte er ein informelles Symposium über die Probleme und die Widersprüche im nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg Tanzanias, welches von ihm aufgenommen, abgeschrieben und verlegt wurde. Die tanzanischen Teilnehmer zogen es vor anonym zu bleiben.

Hintergrundinformationen, sozial-ökonomische Daten und die "TANU-Richtlinien", auf die sich die Gesprächsteilnehmer oft beziehen, druckten wir in AIB 11-12/1972 ab.

## SOZIALISTISCHE POLITIK 22

Jürgen Ostrowsky, Karl Unger:  
Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika

außerdem:

Die gegenwärtige Korsch-Renaissance in der BRD und in Westberlin.  
Arbeiterbewegung und Wissenschaft.  
Zum revolutionären Prozeß in Chile.  
Neue Entwicklungswege der Politischen Ökonomie des Sozialismus.

6 Nummern im Jahr. Einzelheft: DM4.-  
Jahresabo: DM 20.- (incl. Porto)  
1 Bln 41 Postf. 270 Postsch. 620 10-107

## M. R. Bhagavan

# Probleme der sozialistischen Entwicklung in Tanzania

Der Militärputsch in Uganda, der zur Konstituierung eines reaktionären Regimes führte, war ein großer Schock für Tanzania. Die Tanganyika African National Union (TANU), die einzige Partei Tanzanias erkannte die Notwendigkeit sofortiger politischer Aktion, um Tanzania vor dem gleichen Schicksal zu bewahren und seine Zukunft als ein sozialistisches Land sicherzustellen. Nach einer intensiven Debatte unter den Spitzengremien der Partei wurde im Februar 1971 eine Zusammenstellung von Richtlinien von der TANU veröffentlicht, die ihre sozialistische Ideologie und Möglichkeiten ihrer Verwirklichung beinhalten. Diese Richtlinien, die in Kishuaheli "Mwongozo", die Fackel, genannt werden, sind in Form einer kleinen grünen Broschüre gedruckt, die die Bevölkerung ständig mit sich trägt, darin liest und bei gegebenem Anlaß daraus zitiert. Die Mwongozo beherrscht das gesamte politische Denken und Gespräch im heutigen Tanzania. Also begann ich das informelle Symposium, indem ich die Teilnehmer über die Bedeutung der Richtlinien, ihre Schwerpunkte und über das Ausmaß ihrer Realisierung befragte.

Antwort 1: Die TANU-Richtlinien bedeuten einen Schritt vorwärts in der Entwicklung des revolutionären Bewußtseins in Tanzania. 1967, nach sechsjähriger Unabhängigkeit, wurde es offensichtlich, daß der Sozialismus nicht nur durch eine bloße Geisteshaltung zu erreichen ist. Deshalb wurde die Arusha-Erklärung proklamiert. Sie setzte bestimmte praktische Maßstäbe, wie etwa die Verstaatlichung einiger Industriezweige und

die Entwicklung der Ujamaa-Dörfer (Dörfer, die kollektiv bewirtschaftet werden). Aber in der Arusha-Erklärung werden viele Fragen über den Sozialismus und dessen Verwirklichung nicht beantwortet. Die TANU-Richtlinien machen einige dieser Punkte klar. Sie sagen, daß man, wenn man den Sozialismus aufbauen will, nicht nur die äußeren Feinde, wie den Imperialismus und den internationalen Kapitalismus, bekämpfen muß, sondern auch deren innere Helfershelfer. Dies kann die TANU dazu führen, die Existenz des Klassenkampfes in Tanzania zu erkennen.

Antwort 2: Ich will über drei Hauptpunkte der Mwongozo sprechen. 1) Die Richtlinien sagen, daß das individualistische Führungssystem im Bereich der Politik, der Verwaltung und der Betriebsführung zu einem kollektiven System verändert werden muß. Diese Veränderung hat in den Betrieben angefangen, wo Arbeiterräte in geheimen Wahlen gewählt wurden. Die Aufgabe dieser Arbeiterräte ist es, der Betriebsführung zu helfen, die Betriebe in sozialistischer Weise zu führen. Beispiele aus sozialistischen Ländern wurden studiert, bevor diese Arbeiterräte gegründet wurden. Es wurde entschieden, daß sie bloß beratende Gremien sein

sollten, ohne die Macht zu besitzen, ihre Beschlüsse zu erzwingen. Bisher hatten sie aufgrund des Mangels an Bildung und Erfahrung bei den Arbeitern nicht viel Einfluß. Außerdem haben die Bürokraten die Rolle dieser Arbeiterräte bis heute nicht akzeptiert. Die ganze Sache ist noch im experimentellen Stadium. 2) Die Mwongozo verlangt die Aufstellung einer Volksmiliz, die die Streitkräfte in der Verteidigung des Landes unterstützen soll. Erste Einheiten dieser Miliz wurden im Mai 1971 gegründet. Zuerst absolvieren die Rekruten einen Kurs in politischer Erziehung und Körpererertüchtigung, der viermal in der Woche abgehalten wird. Die politische Erziehung befaßt sich hauptsächlich mit dem sogenannten "TANU-Sozialismus". Dann lernen sie fünf Wochen lang den Gebrauch von Waffen. 3) Die Richtlinien sagen, daß "Entwicklung" nicht bloß die Schaffung neuer Institutionen und die Produktion von mehr Gütern umfaßt. Sie dient auch dazu, die Menschen politisch bewußt zu machen und sie das Verständnis ihrer gesamten Umwelt erwerben zu lassen. Das ist von großer Wichtigkeit, nicht nur in Tanzania, sondern auch in anderen Ländern der Dritten Welt, wo oft die Meinung existiert, daß Entwicklung nur im Bauen von Flughäfen, großen Prestigebauten und Tourismusförderung besteht. Aber mit der Erkenntnis, was Entwicklung wirklich bedeutet, wird Tanzania die Art von Investitionen, für die es sich einsetzen wird, neu überdenken müssen. Entwicklung bedeutet auch, die Initiative von Gemeinschaftsaktionen zu fördern. Damit wurde in den ländlichen Gebieten begonnen.

Antwort 3: Es ist bemerkenswert, daß in der kurzen Zeit seit Erscheinen der Mwongozo von Arbeitern und Studenten oft der Anspruch erhoben wird, daß sie in Übereinstimmung mit den Richtlinien handelten, nicht aber die Autoritäten. Ohne die Richtigkeit dieses Anspruchs untersuchen zu wollen, ist es offensichtlich, daß nun ein neuer Maßstab existiert, an dem Verhalten gemessen wird. In einem bestimmten Sinn ist die Verwirklichung der Mwongozo das Vorspiel zu einer tieferehenden Revolution. Andererseits würde die völlige Verwirklichung Mwongozos die Revolution selbst bedeuten. Nehmen wir den Aspekt der Demokratisierung der Verwaltung der Institutionen. Es ist eine Revolution der Verhaltensweisen. Früher, in der Kolonialzeit, wurde der arbeitenden Bevölkerung gesagt, sie solle den Anweisungen gehorchen. Die Arbeiter durften sich nicht in Gruppen organisieren oder frei ihre Meinung äußern. Unter dem Kolonialismus hatten

sich die Autoritäten in den Fabriken und den Ämtern einen bestimmten Arbeitsstil zu eigen gemacht. Nach der Unabhängigkeit wollten aufrichtige Nationalisten, ja sogar Sozialisten, diesen Stil beibehalten. Aber die Mwongozo stellt klar, daß das unhaltbar ist. Einmal ausgesprochen, rief es sofort ein Echo hervor: Arbeiter lesen bestimmte Passagen der Richtlinien ihren Kollegen und dem Management vor. Sie sagen dem Management, daß in bestimmten Abschnitten der Mwongozo dies und jenes stehe und daß sein Verhalten sich im Widerspruch dazu befinde. Ohne diesen Maßstab, an dem Fehlverhalten gemessen werden kann, mit Hilfe dessen die Bürokratie korrigiert und Fehler erkannt werden, würde die angestrebte Revolution ihre Orientierung verlieren. Zumindest wissen wir von jetzt an, daß es einen Verhaltensmaßstab für die tägliche Leitung des Staates und seiner verschiedenen Produktionsorgane gibt. Ich bin ganz sicher, daß das arbeitende Volk sehr schnell den Inhalt der Mwongozo erkennen, ja teilweise sogar darüber hinaus gehen wird.

Frage: Hat es an den Richtlinien irgendwelche offene Kritik von Leuten gegeben, die hohe und einflußreiche Positionen innehaben?

Antwort 1: Ich würde nicht sagen, daß es dagegen eine Opposition von allzu großer Bedeutung gibt. Aber diejenigen, die die Macht innehaben, vor allem die Leute aus der Spitzenbürokratie, stehen den neuen Bestimmungen skeptisch gegenüber. Sie können sich nicht an den Gedanken gewöhnen, sich mit ihren Untergebenen an einen Tisch zu setzen und damit zusammenhängende Fragen zu diskutieren, die für die Fabriken, Ministerien oder irgendwelche andere Einrichtungen von Bedeutung sind. Die Institutionen arbeiten noch mit dem von der Kolonialzeit übernommenen bürokratischen System. Es wird einige Zeit dauern, bis sie ihr Verhalten gegenüber ihren Untergebenen ändern und gemäß den Richtlinien handeln.

Antwort 2: Ich vertrete da eine etwas andere Ansicht als mein Genosse. Obwohl es bisher keine offene Kritik gegeben hat, so ist die Feindseligkeit und der Zynismus gegenüber der Mwongozo gerade von seiten der Bürokratie recht beträchtlich. Die Opposition und der Zynismus sind weit stärker als zu der Zeit, als die Arusha-Deklaration herausgegeben wurde. Die privilegierten Teile der Bevölkerung betrachten die Richtlinien als einen ernsten Übergriff und als eine Beschneidung der Vorrechte und Privilegien, die sie genießen. Es handelt sich nicht nur



einfach um die Frage der Änderung ihrer Verhaltensweisen. Ich kenne nicht ein Beispiel aus der Geschichte, wo privilegierte Kreise von der logischen Notwendigkeit des Fortschreitens zu einem höheren Stadium der historischen Entwicklung, mit der der Verlust ihrer erworbenen Rechte einherging, überzeugt wurden. Aufgrund ihrer materiellen Situation neigen sie zu einer ganzen Reihe von Vorurteilen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt werden sich die Verhältnisse nicht mehr so friedlich bewältigen lassen, wie es im Moment der Fall ist. Was Tanzania betrifft, so wurden bestimmte revolutionäre Maßnahmen öffentlich akzeptiert, weil die Bürokratie genau weiß, daß es selbstmörderisch wäre, sich gegen diese Veränderungen zu stemmen. Aber im geheimen arbeitet sie mit verschiedenen Mitteln, um diese Maßnahmen zu sabotieren. Über längere Zeit hinweg kann die Bürokratie sich nicht so verhalten, ohne von den Arbeitern entlarvt zu werden. Eines Tages werden die Arbeiter merken, daß solche Leute nur schwätzen und daher entmachtet werden müssen. Ich behaupte nicht, daß es eine blutige Revolution geben wird, aber irgendeine Art der Konfrontation zwischen den Arbeitern und den privilegierten Kreisen wird stattfinden.

Frage: Welche Rolle spielen der internationale Kapitalismus und seine Organe - die gigantischen internationalen Monopole - in Tanzania? Die tanzanische Regierung besitzt 51 % oder mehr der Aktien in den Industriezweigen, an denen diese Monopole beteiligt sind, dennoch liegt die gesamte Leitung dieser Industriezweige in deren Händen, weil ihnen die Besetzung aller bedeutenden Managerposten und des technischen Personals überlassen wird. Diese Übereinkunft mag der Regierung eine Zeitlang von Nutzen sein. Aber bedeutet dies nicht auf lange Sicht gesehen, daß die Wirtschaft und von daher auch die Politik des Landes durch eben die kapitalistischen Monopole festgelegt wird?

Antwort: Es ist gerade erst ein paar Jahre her, daß einige Länder der Dritten Welt damit begonnen haben, solche Unternehmen zu nationalisieren, die von ausländischem Kapital finanziert wurden, und daß sie zugleich Teilhaberschaft oder Gewinnbeteiligung an den Unternehmen erstrebten. Sobald dieser Vorgang einsetzte, begannen beide Seiten daraus zu lernen. Die internationalen Monopole paßten in kurzer Zeit ihre Einschätzungen und ihre Politik diesem neuen Faktum der Nationalisierung an. Weil ihr Überblick über die internationale Wirtschaftslage umfassender ist als der eines einzelnen Landes, konnten sie zu der Schlußfolgerung kommen, daß, wenn sie das Management und die Entscheidungsprozesse weiterhin kontrollieren könnten, sie dann immer noch die inter-

nationale Wirtschaft unter ihrer Kontrolle hätten. Tanzania ist gerade dabei zu lernen, was das bedeutet. Es ändert seine Einstellung, ganz abstrakt anzunehmen, daß diese neuen Übereinkommen sofortige Vorteile bringen würden, dahingehend, daß es von den ernsthaften Beschränkungen, die diese in sich bergen, ausgeht. Diese Einsicht, obwohl noch nicht allzu verbreitet, wächst in bestimmten Kreisen. Zum Beispiel haben die Zeitungen vor kurzem eine Reihe von Untersuchungen darüber begonnen, wie ein großes mit einer holländischen Firma verbundenes Bauunternehmen namens MECO seine Geschäfte abwickelt. Wir haben Diskussionen über die Art der Handelspraktiken der State Trading Company (STC,<sup>1</sup>) gehabt. Von einem unserer Genossen, Issa Shivji, gab es eine sehr aufschlußreiche Arbeit mit dem Titel: "Der lautlose Klassenkampf in Tanzania". Diese Arbeit gibt eine Reihe von Daten und eine Analyse genau zu dieser Frage. Offensichtlich fürchten sich einige Leute aus der Spitzenbürokratie davor, diese Fragen bis zur letzten Konsequenz ausdiskutieren, und einige verstehen diese Konsequenzen nicht einmal. Aber ich habe den Eindruck, daß die Leute allmählich merken, was diese sogenannte Partnerschaft mit ausländischen Kapitalisten bedeutet, wenn sie rechtliche Auseinandersetzungen heraufbeschwört; sie werden verstehen, welches die kritischen Punkte sind und welche verschiedenen Sicherheitsklauseln in diese Abkommen eingebaut werden müssen.

Ich glaube nicht, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine einflußreiche Person in Tanzania oder irgendjemand von Bedeutung unter den Kadern davon überzeugt werden kann, daß keine wie auch immer geartete Notwendigkeit des Handels mit ausländischen Firmen besteht. Wir sind bereits an solche Geschäfte gebunden, aber wir versuchen uns aus dieser Situation zu befreien. Wenn z.B. von einer großen westdeutschen Firma das Angebot kommt, eine Düngemittelfabrik zu errichten, so glaube ich nicht, daß das an sich schon bedeutet, daß die Fabrik aufgebaut werden kann. Tanzanier aus den Abteilungen von Bürokratie und Planung müssen Entscheidungen treffen über den Standort der Fabrik und über die Bezugsquellen der benötigten Rohstoffe. Sie werden entscheiden müssen, ob oder ob nicht die Abhängigkeit Tanzanias von anderen Ländern geringer wird. Sie werden über den Zeitraum entscheiden müssen, nach dem die Entscheidungsprozesse der westdeutschen Firma aus der Hand genommen werden. Das ist eine Frage kühler Be-

rechnung und eine Frage der richtigen Einschätzung der Realität. Ich sage nicht, daß die Mängel derartiger Abkommen vollkommen klar erkannt werden. Aber es besteht zumindest eine Einsicht in die Tatsache, daß ein gemeinsames Vorhaben mit ausländischem Kapital, selbst wenn Tanzania 60% der Aktienanteile besitzt, nachteilige Auswirkungen auf die Nationalwirtschaft haben kann. Und nachdem man dies erkannt hat, beginnt man die Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Ich glaube nicht, daß dieses Problem so große Gefahr voranzeigt, daß man ihm über große Aufmerksamkeit widmen müßte. Es ist eine Frage der Aktion und der Reaktion, ein dialektischer Prozeß. Wenn wir Wege zur Kontrolle der ausländischen Firmen finden, so ist vernunftgemäß anzunehmen, daß diese neue Mittel und Wege finden werden, um uns zu betrügen, weil dies die Logik ihres Daseins ist. Dieser ganze Prozeß wird einige Zeit andauern.

Frage: Die nationale Entwicklungsgesellschaft (NDC) ist eine halbstaatliche Organisation, die von der Regierung eingerichtet wurde. Sie ist das Organ, über das ausländisches Kapital in Tanzania investiert wird; sie arbeitet auch detaillierte Projekte zum Aufbau von Industriezweigen aus. Gab es irgendwelche öffentliche Diskussionen darüber oder Kritik an der Arbeit, die von der NDC in Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital geleistet wurde?

Antwort: Die NDC selbst hat keinerlei Fragen aufgeworfen, die in die öffentliche Debatte kamen. Sie bringt nur jährlich Berichte heraus, die die Fakten und Daten der Unternehmungen in den verschiedenen Landesteilen zum Inhalt haben. Aber sie wurde wegen ihrer Praktiken gegenüber einzelnen Wirtschaftsbereichen von bestimmten Einzelpersonen und Gruppen unter Beschuß genommen. Zum Beispiel hat die TANU-Jugendliga (TYL) öffentlich die NDC kritisiert, weil diese vorhatte, zum Ausbau des Tourismus eine hohe Kapitalsumme zu investieren. Dies führte zu einer öffentlichen Debatte, die sich zu einer Diskussion über die Rolle der internationalen Monopole in der tanzanischen Wirtschaft ausweitete. Der allgemeine Trend in der Debatte war der, daß es bestimmte Mängel gibt, die abgestellt werden müßten, und daß unsere Beziehungen zu ausländischen Firmen nicht immer zu unserem Vorteil waren. Ich kann nicht beurteilen, ob diese Debatte irgendeinen Einfluß auf die wirtschaftliche Planung hatte, aber sie hat die Leute zum Nachdenken angeregt. Sie hat zumindest STC und NDC dazu gezwungen, ihre Politik in der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Frage: Ich fragte einen hohen Vertreter der TYL, ob politische Kommissare mit der Beaufichtigung der in Zusammenarbeit mit ausländischen Gesellschaften durchgeführten Projekte beauftragt worden seien, um zu gewährleisten, daß diese Firmen nicht die sozialistische Politik Tanzanias sabotieren. Mir wurde gesagt, es gäbe keine politischen Kommissare und man brauche sie nicht, da sich überall Zellen der TANU befänden. Glauben Sie, daß es notwendig ist, die Projekte, die von der NDC ausgeführt werden, in politischer Hinsicht zu überwachen?

Antw. 1: Die Antwort, die Sie bekamen, spiegelt die Ansicht wider, die Tatsache, daß jetzt die TANU die dominierende politische Kraft ist und die Fünf-Jahres-Pläne genehmigen muß, genüge, die Durchführung dieser Politik zu sichern. Diese Ansicht steht im Zusammenhang mit dem, was die Sachverständigen unter wirtschaftlicher Entwicklung verstehen. Man hat sich nicht intensiv mit der Frage befaßt, ob wir die Entwicklung in der Industrie oder in der Landwirtschaft vorantreiben sollen, ob wir in die Schwer- oder in die Leichtindustrie investieren sollten. Sie glauben, wirtschaftliche Entwicklung bestehe darin, die von den Kolonialisten übernommenen Institutionen in der gleichen kapitalistischen Art und Weise zu leiten wie vor der Unabhängigkeit. In der Landwirtschaft zum Beispiel wird sehr viel Geld in den Anbau von für den Export geeigneten Produkten investiert. Man hat noch nicht wirklich begriffen, daß das Wirtschaftswachstum eines Landes die Entwicklung eines inneren Marktes voraussetzt und daß eine sowohl Landwirtschaft als auch Industrie umfassende Wirtschaftsentwicklung eingeleitet werden muß. Man glaubt, die Entwicklung sei gewährleistet, wenn man die Wirtschaft den technischen Experten überläßt und nur sicherstellt, daß ihre Arbeit effektiv ist. Die Arbeit dieser ausländischen und einheimischen Experten, die in halbstaatlichen Organisationen wie der NDC und der STC angestellt sind, ist von einem Mythos umgeben, und deshalb meint man, es sei unnötig, politische Kommissare zur Verfügung zu haben, die ihre Arbeit überwachen. Ich bin der Meinung, daß wir dringend Kommissare brauchen, die sich dem Sozialismus verpflichtet fühlen. Sie müssen nicht nur politisch geschult sein, sondern darüber hinaus auf den Gebieten sozialistischer Politökonomie und sozialistischer Planung technisch kompetent sein.

Antw. 2: Die Mwongozo haben wieder, stärker als je zuvor, in vielen Bereichen des nationalen Lebens, einschließlich der Wirtschaft, das Primat der Partei (TANU). Seit dem Wiederaufleben der Neigung, die Partei in vielen Bereichen an die oberste Stelle zu

setzen, ist es vorstellbar, daß die Partei in Zukunft in verschiedene Institutionen politische Kräfte entsenden wird. Falls das geschehen soll, dann müssen diese Vertreter der Partei, wie mein Genosse bereits sagte, über ein klares politisches Bewußtsein und über die nötige technische Erfahrung verfügen, um die von den Experten praktizierte bewußte Mystifizierung zu durchschauen. Nehmen wir folgenden konkreten Fall: Eine Firma aus den USA baut in diesem Land eine Autostraße; sie hat bereits einen Planrückstand von einem Jahr; sie wurde angeklagt, sie sabotiere das Projekt; sie gibt Erklärungen für die Verzögerung, die ein Laie nicht anfechten kann.

Frage: Wissen Sie, ob diejenigen, die in Gesellschaften wie der NDC und anderen die Projekte kontrollieren, in Politik, Wirtschaftswissenschaften und Technologie geschult sind?

Antw. 1: Ich will ein negatives Beispiel anführen. Die Schulungen für Management und Technik der NDC werden von Arthur D. Little, Inc. durchgeführt, einer amerikanischen Beratungsfirma für das Management. Es ist klar, daß auf diese Weise keine Führungskräfte ausgebildet werden, die zur Leitung eines sozialistischen Unternehmens gebraucht werden.

Antw. 2: Die Nationalen Versicherungs- und die Nationalen Bankgesellschaften haben gemeinsam ein Institut eingerichtet, in dem Unterricht im Bankwesen und in Problemen des Handels erteilt werden soll. Aber wenn man sich ihr Schulungsprogramm ansieht, dann findet man keinerlei Ansätze von Sozialismus darin. Die meisten Lehrinhalte sind darauf gerichtet, typisch bürgerliches Wissen zu vermitteln. Der Unterricht basiert zum großen Teil auf britischen Plänen und auf britischer Literatur, kaum auf sozialistischen Vorstellungen. Das zeigt, daß die TANU noch nicht die Oberhand über die Bürokratie gewonnen hat.

Frage: Ich habe zufällig eine Zeit lang in einem Ujamaa-Dorf gearbeitet. Ich war recht beunruhigt, bei Leuten mit einiger Bildung etwas antreffen zu müssen, was ich als eine Verwirrung in den Wertmaßstäben bezeichnen würde: Während die TANU versucht, für den Gedanken des Dienstes an der Nation zu werben und das Volk für sozialistische Prinzipien zu gewinnen, sind diejenigen, von denen angenommen werden kann, daß sie über das für diesen Dienst notwendige technische Wissen verfügen, der Meinung, es würde ihnen mehr Reichtum und einen höheren Status einbringen, wenn sie sich gegen derartige Vorstellungen und Pläne entscheiden und sich auf dem privatkapitalistischen Sektor betätigen. Ich stellte z.B. fest, daß Lehrer nach ihren obligatorischen fünf Jahren Schuldienst kleine Privatgeschäfte aufmachen wollten, um schnell zu Geld zu kommen. Ich traf einen jungen Mann, der sich für drei Jahre

den Tanzanian People's Defense Forces (TPDF)<sup>2)</sup> angeschlossen hatte; gleichzeitig absolvierte er einen dreijährigen Fernlehrgang, der von einem Londoner College durchgeführt wurde. Danach verließ er die TPDF und verdient seither sehr viel Geld als Buchhalter. Es gibt viele solche Fälle in Tanzania und es scheint mir, als ob die politische Erziehung der TANU erfolglos gewesen sei. Viele Menschen bekennen sich verbal zum Sozialismus, während sie für sich privat davon überzeugt sind, daß ihre eigene Zukunft im Kapitalismus liegt. Ist das nicht eine Gefahr für die Zukunft Tanzanias als sozialistisches Land?

Antw. 1: Wenn Sie mit Verwirrung in den Wertmaßstäben meinen, daß in Äußerungen über den Sozialismus kapitalistische Wertvorstellungen anklingen, so ist eine solche Verwirrung tatsächlich vorhanden. Es wäre sehr verwunderlich, wenn es anders wäre; denn wir sind konfrontiert mit einer langen Tradition kapitalistischer Wertvorstellungen, die sich während der Kolonialzeit und auch schon vorher zur Zeit des Vorstoßes des Kapitalismus auf Afrika, eingewurzelt haben. Lenin, der Revolutionär der Praxis, sah eine primäre Aufgabe darin, alle Wertvorstellungen, die sich während des Kapitalismus festgesetzt haben, restlos zu überwinden. Als die Kubaner ihre Revolution machten, sagten sie das gleiche. Che Guevara sagte, er hoffe, bis zum 21. Jahrhundert werde sich der neue Mensch entwickelt haben; denn er wußte, welche großen Anstrengungen es erfordert, die alten Werte vollkommen auszurotten. In China bestand die Notwendigkeit einer Kulturrevolution. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn in Tanzania noch kapitalistische Wertvorstellungen vorhanden sind. Manche von uns, die sich mit einem System herumschlagen, das versucht, ein sozialistisches zu werden, mögen oft voller Enttäuschung meinen, es gehe zu langsam voran und von einer Verwirrung der Wertmaßstäbe sprechen. Es ist heilsam, sich die Situation des heutigen Afrika - abgesehen von der der ganzen Dritten Welt - zu vergegenwärtigen - und über die Art der Veränderungen nachzudenken, die in Tanzania im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern in kaum zehn Jahren der Unabhängigkeit stattgefunden haben. Wenn Sie Kenia oder Sambia betrachten, dann sehen Sie, wie dort das kapitalistische Wertsystem überhand nimmt; in Kongo-Kinshasa finden Sie eine Mischung von Kapitalismus, Verfall und Unterdrückung. An der Elfenbeinküste ist die Lage schlimmer als zu Zeiten der Kolonialherrschaft; Franzosen nehmen dort mehr und mehr Machtpositionen ein, und es sind Bestrebungen im Gange, mit Südafrika zusammenzuarbeiten. Wenn man sich das Ausmaß der konterrevolutionären Unterwanderung überall in Afrika ansieht, dann bemerkt man, daß das, was hier in Tanzania wie eine Verwir-

rung der Wertmaßstäbe aussieht, ein Versuch ist, Gewesenes aufzulösen. Was Sie Verwirrung nennen, ist, soweit es sich um eine Mischung von Sozialismus und Kapitalismus handelt, ein Einbruch in das, was einst hundertprozentig kapitalistisch war. So sollte man, ohne zu versuchen, das Problem zu bagatellisieren, sagen, daß es uns möglicherweise unser ganzes Leben kosten wird, das gesteckte Ziel zu erkämpfen. Es ist notwendig, daß wir einige wesentliche Punkte neu definieren, Selbstkritik üben und uns fragen, ob unser Verhalten dazu angetan ist, die Chancen zur Schaffung des neuen Menschen zu vergrößern. Nur der neue Mensch des 21. Jahrhunderts wird keinen Fernkurs mitmachen wollen, um Buchhalter zu werden. Auf jeden Fall wird der Staat selbst ihm unter verschiedenen anderen Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Kreativität vermutlich auch die Chance bieten, diesen Beruf zu erlernen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, unter den Bedingungen der Ausbeutung und Unterdrückung, ist es recht schwierig, schöpferische Tätigkeit zu entfalten.

Antw. 2: Die Frage nach der Veränderung des Bewußtseins wird oft in einer falschen mechanistischen Weise gestellt. Einige erwarten, daß, wenn eine sozialistische Revolution stattfindet und sich durch die Revolution die Produktionsverhältnisse ändern, sich automatisch auch das Bewußtsein der Menschen verändert. Diese Erwartung wird von reaktionären Journalisten ausgenützt, um die Undurchführbarkeit des Sozialismus zu demonstrieren. Sie verweisen auf die Sowjetunion und sagen, daß man dort, fünfzig Jahre nach der Revolution, noch immer individualistisches Verhalten findet, und daß damit erwiesen sei, daß der Kapitalismus der Natur des Menschen entspricht und der Sozialismus nicht siegen werde. Die Frage muß historisch gesehen werden. Es hat zehntausende von Jahren gedauert, bis sich der Kapitalismus mit seinem gegenwärtigen Entwicklungsstand herausbildete, und individualistisches Verhalten ist mit diesem System verwurzelt. Wir haben deshalb damit zu rechnen, daß es lange dauern wird, bis die Menschen erkennen, daß ihre Chance zum Überleben und zur Weiterentwicklung allein in einer ausbeutungsfreien Zusammenarbeit mit anderen Menschen liegt.

Man muß sich fragen, warum die politische Erziehungsarbeit der TANU nicht die Wirkung gehabt hat, die sie eigentlich haben sollte. Es gibt heute in Tanzania noch viele mächtige Institutionen, von denen man weiß, daß sie Gegner des Sozialismus sind.

Nehmen wir zum Beispiel die Organisationen der Religionsgemeinschaften. Sowohl die christliche Kirche als auch der Islam tragen dazu bei, die Landbevölkerung in einem Sinn zu beeinflussen, der den Grundsätzen der Partei widerspricht. Die Gottesdienste werden zur konterrevolutionären Propaganda benutzt. Den Bauern wird von christlichen und Moslem-Priestern gesagt, der Sozialismus sei ein Schritt hin zum Kommunismus und der Kommunismus sei die Negation Gottes.

Frage: Tanzania versucht zum Sozialismus zu gelangen, indem es seine Bevölkerung mit politischen Argumenten zu überzeugen sucht. Es duldet, daß kapitalistische Unternehmen gedeihen und es versucht gleichzeitig, Staatsbetriebe aufzubauen. Mir scheint, daß Überzeugung einerseits und ein gemischtes Wirtschaftssystem andererseits nicht zum Sozialismus führen können. Es wird die Menschen verwirren. Möglicherweise wird dies alles so schwierig werden, daß die reaktionären Kräfte wieder an Stärke gewinnen und die Menschen den Kapitalismus gegen den Sozialismus verteidigen. Es scheint mir, daß etwas Zwang nötig ist, um die Menschen in eine sozialistische Richtung zu bringen. Sind Sie der Meinung, daß bloße Überzeugungsarbeit und eine gemischte Wirtschaftsform geeignet sind, Tanzania zu einem sozialistischen Land zu machen?

Antwort: Da es seit Stalin Schwierigkeiten mit der Interpretation dessen gibt, was Sozialismus heißt, ist es wichtig, zu jedem Zeitpunkt aufs neue zu versichern und klarzustellen, daß Sozialismus nicht das Geringste mit Zwang zu tun hat. Denn wenn wir von Freiheit reden, wäre Zwang ein merkwürdiger Weg, diese Freiheit zu erlangen. Nachdem dies gesagt ist, möchte ich zugestehen, daß es Zwangsmechanismen gibt, die man in eine Gesellschaft einbauen kann, um die Menschen in eine bestimmte Richtung gehen zu lassen. Auf sehr unauffällige Weise hat Tanzania bestimmte Arten von Zwang aufgebaut. Bereits viele Jahre vor Beginn der sozialistischen Aufbauphase zum Beispiel hat Tanzania erkannt, daß es wichtig ist, nur einheimische Lehrer und keine Ausländer im Schuldienst einzusetzen. An der Universität von Dar es Salaam wurde ein spezieller Kurs zur Ausbildung von Lehrern eingerichtet; jeder Student, der sich an diesem Kurs beteiligte, erhielt ein Stipendium und mußte als Gegenleistung einen Vertrag des Inhalts unterschreiben, daß er nach Abschluß der Ausbildung an einer Schule unterrichten werde. Viele murrten, weil sie es vorgezogen hätten, einen Abschluß im Fach Wirtschaftswissenschaft zu machen und dann für eine kapitalistische Firma zu arbeiten. Nachdem dieser Modus eingeführt worden war, akzeptierte die große Mehrheit der Studentenschaft diese Verfahrensweise und heute lehren an den Schulen Tanzanias nur einheimische Leh-

rer. Vergleichen Sie diese Tatsache mit der Situation in Kenia, wo das American Peace Corps und der CIA immer noch Einfluß in den Schulen hat. Das ist ein Beispiel für Zwangsmaßnahmen, bei den man die Bedingungen festsetzt und diese Bedingungen akzeptiert werden, weil ihre Zweckmäßigkeit einzusehen ist.

Im Hinblick auf die Landbevölkerung, die aus verständlichen Gründen noch bürgerliche Wertvorstellungen hat, wird es unter anderem notwendig sein, daß die Ujamaa-Dörfer in dem Maße, in dem sie sich entwickeln, auch eine sozialistische Alternative anbieten. Im Augenblick sind diese Dörfer speziell für den Bauern eingerichtet, der Analphabet ist, immer auf dem Land gearbeitet hat und seine Umgebung nie verlassen hat. Letztlich unterscheidet sich die Konzeption der Ujamaa-Gemeinschaft nicht wesentlich von der der chinesischen Kommune. Die Weiterentwicklung der Gesellschaftsform, die eine Ujamaa-Gesellschaft darstellt, erfordert Beschränkungen, sieht jedoch auch Belohnungen vor; beides werden ausgebildete und geschulte Menschen akzeptieren. Durch die Beschränkungen, die ihnen dadurch auferlegt werden, daß sie in Ujamaa-Dörfern arbeiten müssen, werden sie entdecken, daß sie sich innerhalb die-

ses Rahmens voll entfalten können. Ich habe das selbst bei jungen Universitätsabsolventen erlebt, die in einsamen Ujamaa-Dörfern arbeiteten und sich schließlich für das ganze Projekt begeisterten.

Diejenigen, die mächtige und einflußreiche Positionen innehaben, hindert der Führungskodex der TANU ausdrücklich daran, sich kapitalistischen Lebensformen hinzugeben. Wenn gegen diesen Kodex verstoßen wird, ist man schnell bereit, diesen Vorstoß anzuprangern und entsprechende Gegenmaßnahmen zu fordern. Wenn der Bewußtseinsstand der Bevölkerung sich in dem Maße weiterentwickelt, in dem dies augenblicklich geschieht, dann wird der Aufbau des Sozialismus in Tanzania weitergehen.

(Quelle: Monthly Review, Mai 1972)

#### Anmerkungen der Red.:

- 1) = Staatliche Handelsgesellschaft
- 2) Die Volksverteidigungsstreitkräfte bezeichnen die reguläre Armee.

## CHILE

### Elisabeth Boris, Hans Haustein

## CHILE/BRD

### Westdeutsches Gericht als Handlanger eines US-Konzerns?

Die schwierige wirtschaftliche Situation Chiles - von der bürgerlichen Presse oft bejammert und als Ergebnis der Politik der Unidad Popular hingestellt - resultiert aus den immer stärkeren Störmanövern der chilenischen Reaktion und der ausländischen Konzerne, die um ihre bedrohten Positionen kämpfen. Dafür ist das Vorgehen der US-Firma Kennecott Copper Corporation gegen die Lieferung chilenischen Kupfers in die BRD ein charakteristisches Beispiel.

Am Freitag, dem 5.1.73, beschlagnahmte das Landgericht Hamburg auf Betreiben der Kennecott Copper Corporation eine Lieferung von 3 000 t chilenischen Kupfers im Wert von 3,5 Mio US-Dollar bei einer Sicherheitsleistung von nur 200 000 DM. Die Kennecott begründet ihr Einschreiten mit ihrer vorgeblich illegal, weil entschädigungslos durchgeführten Enteignung und beansprucht noch heute Eigentumsrechte auf chilenische Kupferlieferungen aus ihrer ehemaligen Mine 'El Teniente'. In Wirklichkeit war die Regierung Allende bei der Verstaatlichung dieses Besitzes streng nach chilenischem Recht verfahren: Von der errechneten Entschädigungssumme in Höhe des Buchwerts der Anlagen wurden überhöhte Profite abgezogen, die der Konzern über seine durchschnittlichen Gewinne in anderen Betrieben außerhalb Chiles hinaus von 1955-1970 in 'El Teniente' gemacht hatte. Das chilenische Parlament einschließlich der rechten Opposition hatte dem Verstaatlichungsgesetz ohne Gegenstimme zugestimmt.

Den ersten Interventionsversuch dieser Art unternahm die Kennecott im letzten Jahr: Am 30.9.72 verfügte auf ihren Antrag ein französisches Gericht die Beschlagnahmung von 1250 t chilenischen Kupfers. Mitte Dezember entschied jedoch das oberste französische Appellationsgericht, die Kupferladung zugunsten Chiles freizugeben und bestätigte damit die Rechtmäßigkeit des Enteignungsvorgangs.

Auf dem Hintergrund dieser Tatsachen erscheint die einstweilige Verfügung in Hamburg um so unverständlicher.

Die Reaktion der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf diesen Piratenakt einer US-Firma auf dem Gebiet der BRD war gekennzeichnet durch eine allgemeine Empörung. Zu den ersten Stellungnahmen gehörte die der Deutschen Kommunistischen Partei:

"Mit diesen Maßnahmen machen sich Organe der Bundesrepublik zu Vollstreckern gesetzwidriger Maßnahmen des amerikanischen 'Kennecott'-Konzerns, der jahrzehntelang das chilenische Volk ausgeplündert hat und gegenwärtig versucht, die Volkswirtschaft Chiles durch aggressive Akte zu stören." Die DKP fordert von der Bundesregierung, alles zu unterbinden, was auf eine Unterstützung der reaktionären Kampagne der amerikanischen Monopole gegen die demokratische Entwicklung Chiles hinausläuft. (Unsere Zeit, 19.1.1973)

Auch der Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend protestierte energisch. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten bezeichnete die Beschlagnahmung als "Piratenakt" zugunsten eines US-Konzerns. Die präventive Beschlagnahmeaktion sei ein Eingriff in die Souveränität des chilenischen Staates und diskreditiere die Politik der BRD gegenüber Chile. "Es darf nicht so weit kommen, daß sich deutsche Gerichte zu Vollzugsbeamten der wirtschaftlichen Interessen amerikanischer Konzerne machen", heißt es in einer Erklärung der Jusos. (vgl.: Deutsche Volkszeitung, 18.1.73)

Über 200 namhafte Wissenschaftler, Publizisten und Gewerkschafter unterzeichneten eine Resolution, die sich gegen die Beschlagnahmung des Kupfers wendet und den Hintergründen des Manövers der Kennecott nachgeht:

"Die Absicht der Kennecott (so heißt es darin unter anderem) ist dabei durchsichtig: wenn die chilenischen Kupferlieferungen auch nicht zu ihren Gunsten mit dauerhafter Wirkung reprivatisiert werden können, so soll zumindest eine Verunsicherung der Käufer erreicht und so mittelbar eine Blockade errichtet werden. Das Kupfer, das über 70% des chilenischen Gesamtexports ausmacht, ist ein lebensnotwendiger Devisenbringer für dieses Land."

Negative Auswirkungen für die westdeutsche Industrie befürchtete der Staatssekre-

tär im Entwicklungsministerium, Matthöfer:

Er betonte, daß nach seiner Ansicht "wesentliche deutsche Interessen im Spiel seien, weil nach einem Obsiegen der Kennecott-Braden-Gruppe die chilenische Kupferzufuhr nach Deutschland gestoppt werden würde. Eine Umstellung würde große Kosten verursachen." (FR, 11.1.73)

Er erklärte, "nach Ansicht deutscher Juristen hätten Gerichte der Bundesrepublik in solchen Fällen nur die Möglichkeit der Nachprüfung, ob das Verstaatlichungsgesetz verfassungsgemäß zustande gekommen sei. Eine Prüfung des materiellen Inhalts des Gesetzes könne es nach Ansicht dieser Juristen nicht geben. Da alle chilenischen Parteien im frei gewählten Parlament von Chile dem Gesetz zugestimmt hätten und auch das Oberste Gericht keine Einwände erhoben habe, rechne er deshalb mit einer Freigabe des Kupfers in Hamburg." (FR, 11.1.73)

Erfolgreiche Bemühungen der Reaktion in Chile!  
Karikatur: Manke



(quelle: horizont Nr 40/1972)

(die Red.)

Die Befürchtung Matthöfers sollte sich bald bestätigen: Einer der beiden deutschen Rechtsanwälte der staatlichen chilenischen Kupfergesellschaft Codelco, die sich im Besitz der ehemaligen Kennecott-Minen befindet, teilte bald darauf mit, "... Chile werde im Falle einer Bestätigung des Urteils kein Kupfer mehr in die Bundesrepublik liefern." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.73)

Wieweit eine solche Maßnahme die bundesdeutsche Wirtschaft lahmlegen könnte, geht aus folgender Erläuterung der FAZ hervor:

"Die Bundesrepublik ist der bedeutendste Abnehmer chilenischen Kupfers. Sie importiert jährlich etwa 150 000 Tonnen. Das entspricht rund 25 Prozent der gesamten Kupferproduktion Chiles. Der Importbedarf der Bundesrepublik liegt bei etwa 520 000 Tonnen im Jahr. Wie der chilenische Botschafter am Freitag in Bonn erklärte, hat sich Chile mit den Kupferländern Sambia, Peru und Kongo-Zaire geeinigt, daß Ausfälle chilenischen Kupfers nicht durch Lieferungen aus den anderen Ländern ersetzt würden." (FAZ, 13.1.73)

Die in dieser Meldung angesprochene Einigung fand im November 1972 anlässlich einer Ministerkonferenz der CIPEC-Länder in Santiago de Chile statt. Diese Länder, die ca. 60 % aller Kupferexporte der Welt stellen, waren sich einig, daß sie sich nur gemeinsam gegen die Machenschaften imperialistischer Konzerne wehren könnten, und drohten gezielte Repressalien gegen die Kennecott Copper Corporation an. (vgl. FR, 1.12.72)

Erste Auswirkungen der Gerichtsmaßnahme, die gleichzeitig einen Vorgeschmack auf die zu erwartende Situation nach einer endgültigen Bestätigung der einstweiligen Verfügung gaben, zeigten sich, als der westdeutsche Abnehmer des chilenischen Kupfers, die Norddeutsche Affinerie in Hamburg, der das Kupfer zur Weiterverarbeitung überlassen werden sollte, bekannt gab, "... sie müsse ihre Kupferproduktion in allernächster Zeit einstellen, falls die beschlagnahmte Lieferung ... nicht umgehend freigegeben werde." (FAZ, 17.1.73)

Die massiven Proteste in der BRD und der Weltöffentlichkeit, die eindeutige Rechtslage sowie vor allem die gefährdeten Interessen einiger westdeutscher Konzerne bewirkten schließlich die Freigabe des Kupfers durch das Hamburger Landgericht am 22.1.73. Zwar konnte sich das Gericht nicht enthalten, Staatssekretär Matthöfer der "Gerichtsschelte" zu bezichtigen, aber es erklärte sich in seiner juristischen Unabhängigkeit dadurch nicht beeinträchtigt und entschied sich realistisch.

Insgesamt erlitt damit die Verunsicherungsstrategie der Kennecott Copper Corporation - wie schon in Frankreich - eine Niederlage: Das heißt aber nicht, daß sie ihre Angriffe an anderen Fronten nicht weiterführen wird. Die chilenische Regierung und mit ihr das chilenische Volk bedürfen auch weiterhin unserer wachsamem Solidarität, um die Angriffe des internationalen Kapitals, insbesondere einiger US-Konzerne, abzuwehren.

## Salvador Allende

### Bericht im sowjetischen Fernsehen

Während seines Aufenthaltes in der UdSSR vom 6.-9. Dezember 1972 sprach der chilenische Präsident im sowjetischen Fernsehen über die Situation seines Landes. Wir haben die wesentlichsten Passagen zu einem Bericht zusammengestellt.

Die Volksregierung ist eine Regierung der Werktätigen. Erstmals sind in unserem Lande die Werktätigen an der Macht, sie arbeiten auf allen Ebenen mit, angefangen vom Rat der nationalen Wirtschaft und vom Ministerrat bis hin zu den gesellschaftlichen Organisationen wie den Komitees zur Verteidigung der Revolution und den Fabrikkomitees.

Das Programm der Volkseinheit verfolgt vor allem das Ziel, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Chiles zu erringen. Chile war, ebenso wie die überwiegende Mehrzahl der Länder der Dritten Welt, ein ökonomisch abhängiges Land, und deshalb war seine politische Souveränität eingeschränkt. Unsere vorrangige Aufgabe bestand darin, Chile die Reichtümer zurückzugeben, die sich unter

Kontrolle der ausländischen Monopole befanden.

Chile ist ein potentiell reiches Land. Aber es lebte und es lebt immer noch wenn, nicht in einem Zustand der völligen Armut, so doch in einem Zustand relativer Armut. Warum? Weil sich seine wichtigsten Reichtümer, Eisen, Salpeter, Kohle und vor allem Kupfer in den Händen des ausländischen Kapitals befanden, vor allem des nordamerikanischen. Wir haben diese Reichtümer Chile zurückgegeben, und jetzt sind sie Eigentum des chilenischen Volkes.

Wir haben die Agrarreform vertieft und innerhalb von 18 Monaten mit dem Latifundienbesitz Schluß gemacht. Jetzt befinden sich 51 Prozent des Landes, das im Rahmen der Reform nationalisiert worden ist, in den Händen des Staates; der restliche Teil gehört mittleren und ärmeren Bauern. Wir haben sehr bald die wichtigsten Betriebe nationalisiert, die ebenfalls in den Händen des ausländischen Kapitals lagen, damit sie zusammen mit den großen Bergwerken, Erdölanlagen und **23**

Elektrozentralen die Basis für die Entwicklung des gesellschaftlichen Sektors der Ökonomie bilden. Das Programm der Volkseinheit sieht die Existenz von drei Wirtschaftssektoren vor: dem staatlichen Sektor, den gemischtwirtschaftlichen Betrieben, in denen der Staat über Mehrheitsbeteiligungen verfügt, es aber auch Privatanteile gibt sowie den privaten Kleinbetrieben. Wichtig ist, daß wir die Banken nationalisiert haben. Weiter hat der Staat den Außenhandel unter seine Kontrolle gebracht. Was die Sozialpolitik angeht, so haben wir die Einnahmen so umverteilt, daß dies den breiten Volksmassen zugute kommt. Gegenwärtig haben die Werktätigen bedeutend höhere Einkünfte. Gleichzeitig - dies besitzt eine gewaltige Bedeutung - haben wir den Prozentsatz der Arbeitslosen gesenkt. Unsere Politik verfolgt das Ziel, daß breiten Schichten der Bevölkerung, die keinen Zugang zur Bildung hatten, diese Möglichkeit eröffnet wird. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß gegenwärtig schon praktisch 97 Prozent aller Kinder eine Grundschulbildung erhalten. Der Zugang zur mittleren und höheren Bildung ist bedeutend leichter geworden.

Ich hebe hervor, daß unsere Regierung eine Regierung der Werktätigen ist und es deshalb unserer Meinung nach von zentraler Bedeutung ist, daß in unserem Land das politische Bewußtsein der Werktätigen und ihre Teilnahme an allen Bereichen des Lebens der Nation ständig wachsen. Bei uns gibt es noch Unzulänglichkeiten, die aus dem Kapitalismus herrühren; wir können bislang noch nicht alle Vorzüge ausschöpfen, die für die sozialistische Gesellschaftsordnung charakteristisch sind. Aber wir gehen mit Entschiedenheit den Weg, der uns die Möglichkeit eröffnet, eine neue Gesellschaft zu errichten, in der die Arbeiterklasse zur wichtigsten treibenden Kraft wird.

Wir widmen der Jugend große Aufmerksamkeit. Die chilenische Jugend beteiligt sich heute an der Lösung der wichtigsten staatlichen Aufgaben nicht nur im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Bildung.

In unserem Land gab es keine gleichen Rechte für Mann und Frau. Jetzt aber wissen die Frauen, daß sie dank der Tätigkeit der Volkseinheit größere Rechte erhalten. Wir haben gleiches Recht für Männer und Frauen geschaffen, das Recht auf gleichen Arbeitslohn und auf gleiche Bildungsmöglichkeiten.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik haben wir nicht nur die diplomatischen und Handels-

beziehungen weiterentwickelt, die von der früheren Regierung hergestellt worden waren, sondern wir haben diese Beziehungen vor allem zu den Ländern des sozialistischen Lagers ausgeweitet. Die Republik Chile hat fünf Tage nach der Regierungsübernahme durch die Volkseinheit diplomatische Beziehungen zu Kuba, Vietnam, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der DDR und Nigeria aufgenommen. Wir unterhalten auch Beziehungen zur Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam. Natürlich haben wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion intensiviert.

Von der Tribüne der UNO, dieses wichtigen Weltforums, habe ich die aggressiven Angriffe, vor allem die Aktivitäten der großen ausländischen Gesellschaften International Telephone and Telegraph (ITT) und Kennecott<sup>1)</sup> entlarvt. Jedoch bezog sich meine Rede nicht nur auf dieses Thema. Obwohl ich nicht die Länder der Dritten Welt vertrete, so wollte ich doch die realen Bestrebungen von vielen Millionen Menschen zum Ausdruck bringen, als ich erklärte, daß Chile ein Beispiel dafür ist, was in anderen Breitengraden geschieht oder geschehen kann. So waren wir in Vietnam Zeuge davon, wie ein Volk, das für seine Einheit und Unabhängigkeit kämpft, mit größter Willkür behandelt wird. Als Chilene und Lateinamerikaner unterstreiche ich mit aller Entschiedenheit, daß die weitere Existenz unter solch elenden Lebensverhältnissen, daß die Ausbeutung breiter Volksmassen, die Gerechtigkeit, Brot, Arbeit und Wohlstand fordern, nicht länger möglich sein darf.

Dies ist mein dritter Besuch in der Sowjetunion. Zähle ich eine kurze Durchreise hinzu, so ist es mein vierter. Im Jahre 1953 kam ich zum ersten Mal in die UdSSR. Ich leitete eine Delegation von 12 oder 14 Vertretern verschiedener gewerkschaftlicher, politischer und anderer Organisationen. Dann hatte ich die große Freude, Leiter einer Delegation zu den Fünfzigjahrfeiern der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu sein. Ich war hier am 7. November 1967. Ein anderes Mal war ich nur sehr kurz hier, ich war zwei Tage auf der Durchreise nach Vietnam. Einen tiefen Eindruck machte auf mich das Gespräch mit der einzigartigen Persönlichkeit, dem Menschen, Freiheitskämpfer und Staatsmann Ho Chi Minh. Und nun bin ich erneut in der UdSSR, diesmal nicht nur als Bürger, sondern als Präsident meiner Heimat.

Mein Besuch legt Zeugnis von der gegenwärtigen Außenpolitik Chiles ab. Ich bin der



UdSSR dafür dankbar, daß sie mich als erstes sozialistisches Land eingeladen hat. Ich bin in das Land gekommen, in dem der Sozialismus zuerst gesiegt hat. Ich bin gekommen, um in Übereinstimmung mit den Prinzipien unserer Außenpolitik die Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Ländern und vor allem mit der Sowjetunion, die Symbol des Kampfes für die Befreiung der Völker ist, noch weiter zu festigen.

Ich bin gekommen, um der Sowjetunion, ihrer Regierung und ihrem Volk dafür Dank auszusprechen, daß sie sich um die Probleme unserer Heimat, unseres Kampfes gekümmert und sie verstanden hat. Wir wissen, daß wir stets die Solidarität der UdSSR, ihrer Regierung und der KPdSU gefunden haben und finden werden. Ich hatte Gelegenheit, mit führenden Vertretern der UdSSR zusammenzukommen, mit den Genossen L.I. Brežnev, N.V. Podgornyj, A.N. Kosygin, A.P. Kirilenko sowie mit Ministern und anderen sowjetischen Staatsmännern.

Wir sprachen über Probleme, die heute alle Menschen bewegen, über die gegenwärtige Lage, über die Perspektiven der Entwicklungsländer und speziell über die Probleme Lateinamerikas und Chiles. Wir hatten auch Gelegenheit, mit Studenten zusammenzutreffen. Ich erkläre dem sowjetischen Volk, daß meine Wahl zum Ehrendoktor der Lomonossov-Universität für uns eine sehr große Bedeutung hat, denn hierdurch wurde unser ganzes Volk geehrt.

Ich bin sehr zufrieden darüber, daß dieser Besuch und unsere Gespräche die Bande herzlicher Freundschaft zwischen der UdSSR und Chile noch weiter festigen werden. Unsere Verbindungen und unsere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technik, Wissenschaft und Kultur werden noch enger werden, der Handel zwischen unseren Ländern wird sich ausweiten; verstärken werden sich die politischen Verbindungen sozialistischen Charakters - die Verbindungen zwischen der UdSSR, dem sozialistischen Land, und Chile, das den Weg betreten hat, der zum Sozialismus führt!

Ich bedauere es sehr, daß ich durch meine Arbeit derart in Anspruch genommen bin, daß ich nicht zu den Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum der Union gleichberechtigter Republiken, die heute die große Sowjetunion bilden, bleiben kann. Ein unbestreitbares, in der ganzen Welt anerkanntes Faktum ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt

der Heimat der Werktätigen, sind die hervorragenden ökonomischen Erfolge, die es ermöglichen, alle wichtigen Bedürfnisse der Sowjetbürger zu befriedigen, und die dem sowjetischen Menschen weite, unbegrenzte Horizonte der kulturellen Entwicklung eröffnen. Die Sowjetunion hat den Weg in den Kosmos eröffnet.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in einer Zeit, in der andere Länder ihre innere Einheit, ihre Identität nicht finden und ihre nationalen Inhalte nicht entwickeln können, obwohl diese Länder aus einer Nationalität bestehen, es Begeisterung hervorrufen muß, daß der UdSSR eine Vereinigung der verschiedenen Völker und Nationalitäten gelungen ist, die verschiedene Sprachen, Gewohnheiten und Sitten besitzen. In diesen 50 Jahren haben sie die Sowjetunion gebildet, in der die verschiedenen Republiken, die ihre Besonderheiten und ihre eigene Geschichte besitzen, ein blühendes Leben führen und vereint das gemeinsame große Ziel des großen Landes - den Aufbau des Sozialismus - verfolgen. Deshalb möchte ich meine Begeisterung und meine Freude anlässlich dieses Jahrestages zum Ausdruck bringen (und gleichzeitig noch einmal bedauern, daß ich dann nicht anwesend sein kann), der bezeugt, was Völker und Nationalitäten erreichen können, wenn sie von den Ideen des Aufbaus des Sozialismus durchdrungen sind.

Zum Abschluß möchte ich ausrufen:

Es lebe die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Chile!

(Quelle: Pravda Nr 346 vom 11.12.1972)

Anmerkung d. Redaktion:

1) Zu den Versuchen der ITT, die Volksfrontregierung zu sabotieren, vgl. die chilenische Dokumentation in AIB Nr 5 u. 6/1972.

Zu den jüngsten Störmanövern der Kennecott Kupfergesellschaft vgl. auch den Artikel von E. Boris u. H. Haustein in diesem Heft.

# Wortlaut des Abkommens über die Beendigung des Krieges in Vietnam

Hanoi. — Das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“, das am 27. Januar 1973 in Paris offiziell unterzeichnet wurde, hat folgenden Wortlaut:

## Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam in Übereinstimmung mit der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Übereinstimmung mit der Regierung der Republik Vietnam haben sich mit dem Ziel der Beendigung des Krieges und der Wiederherstellung des Friedens in Vietnam auf der Grundlage der Achtung der grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes und des Selbstbestimmungsrechtes des südvietsnamischen Volkes und um zur Festigung des Friedens in Asien und der Welt beizutragen auf die folgenden Bestimmungen geeinigt und verpflichtet sich, sie zu respektieren und zu verwirklichen:

### Kapitel 1

#### Die nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes

Artikel 1: Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954 anerkannt wurden.

### Kapitel 2

#### Einstellung der Feindseligkeiten — Abzug der Truppen

Artikel 2: Am 27. Januar 1973 um 24 Uhr GMT (1 Uhr MEZ) beginnt in ganz

Südvietsnam ein Waffenstillstand.

Gleichzeitig stellen die USA die gesamten militärischen Aktivitäten der Boden-, Luft- und Seestreitkräfte, wo immer sie stationiert sein mögen, gegen das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam ein und beenden die Verminderung der Hoheitsgewässer, Hafengewässer, Häfen und Wasserstraßen der Demokratischen Republik Vietnam. Die Vereinigten Staaten werden alle Minen in den Hoheitsgewässern, Hafengewässern, Häfen und Wasserstraßen Nordvietnams räumen, für dauernd entschärfen oder zerstören, sobald dieses Abkommen in Kraft tritt.

Die in diesem Artikel erwähnte völlige Einstellung der Feindseligkeiten soll dauerhaft und zeitlich unbegrenzt sein.

Artikel 3: Die Parteien verpflichten sich, den Waffenstillstand einzuhalten und einen dauerhaften und stabilen Frieden zu sichern.

Mit Inkrafttreten des Waffenstillstandes gilt folgendes:

a) Die Truppen der Vereinigten Staaten und der mit den Vereinigten Staaten und der Republik Vietnam verbündeten anderen Länder werden bis zur Realisierung des Planes für den Truppenabzug dort bleiben, wo sie sich zur Zeit befinden. Die in Artikel 16 beschriebene vierseitige gemeinsame Militärkommission wird die Modalitäten festlegen.

b) Die Streitkräfte der beiden südvietsnamischen Parteien werden dort bleiben, wo sie sich zur Zeit befinden. Die in Artikel 17 beschriebene aus zwei Parteien bestehende gemeinsame Militärkommission wird die von jeder der beiden Seiten kontrollierten Gebiete und die Modalitäten der Stationierung festlegen.

c) Die regulären Streitkräfte aller Waffengattungen und Truppenteile sowie die irregulären Streitkräfte der Parteien in Südvietsnam werden alle Kampfhandlungen gegeneinander einstellen und sich strikt an die folgenden Abmachungen halten:

- alle Gewaltakte auf dem Boden, in der Luft und auf See sind verboten;
- alle feindseligen Handlungen, Terrorakte und Vergeltungsmaßnahmen beider Seiten werden untersagt.

Artikel 4: Die Vereinigten Staaten werden ihr militärisches Engagement nicht fortsetzen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietsnams einmischen.

Artikel 5: Innerhalb von sechzig Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens werden alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des im Zusammenhang mit

dem Befriedigungsprogramm tätigen Militärpersonals sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten und der anderen in Artikel 3 a erwähnten Länder aus Südvietsnam abgezogen. Die Berater der oben erwähnten Länder bei allen paramilitärischen Organisationen und bei den Polizeitruppen werden ebenfalls innerhalb desselben Zeitraumes abgezogen.

Artikel 6: Die Auflösung aller Militärstützpunkte der USA und der anderen in Artikel 3 a erwähnten Länder in Südvietsnam wird innerhalb von sechzig Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens abgeschlossen.

Artikel 7: Vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zu der in den Artikeln 9 b und 14 dieses Abkommens vorgesehenen Bildung der Regierung werden die beiden südvietsnamischen Parteien nicht zulassen, daß Truppen, Militärberater und Militärpersonal einschließlich technischer Militärpersonals, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietsnam gebracht werden.

Die beiden südvietsnamischen Parteien sind befugt, von Zeit zu Zeit Waffen, Munition und Kriegsmaterial, die nach dem Waffenstillstand zerstört, beschädigt, verschlissen oder verbraucht wurden, auf der Grundlage gleicher Quantität, gleicher Merkmale und Eigenschaften unter der Aufsicht der gemeinsamen Militärkommission der beiden südvietsnamischen Parteien und der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission zu ersetzen.

### Kapitel 3

#### Die Rückkehr von gefangenem Militärpersonal, ausländischen Zivilisten sowie gefangenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen

Artikel 8 a): Die Rückkehr von gefangenem Militärpersonal und ausländischen Zivilisten der beteiligten Parteien soll gleichzeitig mit dem in Artikel 5 erwähnten Truppenabzug erfolgen und noch am selben Tag abgeschlossen werden. Die Parteien sollen vollständige Listen der obenerwähnten gefangenen Militärpersonen und ausländischen Zivilisten am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens austauschen.

b) Die Parteien werden sich gegenseitig helfen, um Informationen über die im Kampf vermißten Militärpersonen und ausländischen Zivilisten der Parteien zu erhalten, um die Orte der Gräber der Toten ausfindig zu machen und sich um sie zu kümmern, um so die Exhumie-

zung und Reperatur ihrer sterblichen Hülle zu erleichtern, und um alle weiteren Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sein könnten, um Informationen über jene Personen zu erhalten, die nach wie vor als im Kampf vermißt gelten.

c) Die Frage der Rückkehr der in Südvietnam gefangenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen wird von den beiden südvietnamesischen Parteien auf der Grundlage der Prinzipien von Artikel 21 b) des Abkommens über die Einstellung der Kriegshandlungen in Vietnam vom 20. Juli 1954 geregelt werden. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden dabei im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht vorgehen, in der Absicht, Haß und Feindschaft zu beenden, um so das Leid zu lindern und die Familien wieder zu vereinigen. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden ihr Möglichstes tun, um diese Frage innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zu regeln.

## Kapitel 4

### Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des südvietnamesischen Volkes SBA-8-B,

Artikel 9: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, folgende Prinzipien für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des südvietnamesischen Volkes zu respektieren:

a) Das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung ist heilig, unveräußerlich und soll von allen Ländern respektiert werden.

b) Das südvietnamesische Volk soll selbst über die politische Zukunft Südviets entscheiden, und zwar mittels wirklich freier und demokratischer allgemeiner Wahlen unter internationaler Aufsicht.

c) Andere Länder sollen dem südvietnamesischen Volk keinerlei politische Tendenz oder Persönlichkeit aufzwingen.

Artikel 10: Die beiden südvietnamesischen Seiten verpflichten sich, den Waffenstillstand zu respektieren und Frieden in Südvietnam aufrechtzuerhalten, alle strittigen Fragen durch Verhandlungen zu regeln und jeden bewaffneten Konflikt zu vermeiden.

Artikel 11: Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien:

- nationale Versöhnung und Eintracht herbeiführen, dem Haß und der Feindschaft ein Ende bereiten und alle Repressalien und Akte der Diskriminierung gegen Einzelpersonen oder Organisationen verbieten, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben;

- die demokratischen Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Organisation, Freiheit der politischen Aktivitäten, Glaubensfreiheit, Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Unternehmensbetätigung.

Artikel 12 a): Unmittelbar nach dem Waffenstillstand sollen die beiden südvietnamesischen Parteien Konsultationen im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteliminierung durchführen, um einen Nationalen Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht aus drei gleichen Komponenten zu bilden. Der Rat soll nach dem

Prinzip der Einstimmigkeit arbeiten. Nachdem der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht seine Funktionen übernommen hat, werden die beiden südvietnamesischen Parteien Konsultationen über die Bildung von Räten auf niedrigerer Ebene abhalten. Beide südvietnamesischen Parteien sollen so bald wie möglich ein Abkommen über die inneren Angelegenheiten Südviets unterzeichnen und ihr Möglichstes tun, um das innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zu erreichen – in Übereinstimmung mit dem Streben des südvietnamesischen Volkes nach Frieden, Unabhängigkeit und Demokratie.

b) Der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht wird die Aufgabe haben, die Verwirklichung dieses Abkommens durch die beiden südvietnamesischen Parteien sowie die Herbeiführung der nationalen Versöhnung und Eintracht und die Sicherung der demokratischen Freiheiten zu fördern. Der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht wird die in Artikel 9 b) vorgesehenen freien und demokratischen allgemeinen Wahlen organisieren und die Verfahrensweisen und Modalitäten dieser allgemeinen Wahlen entscheiden. Die Institutionen, für die die allgemeinen Wahlen stattfinden sollen, werden durch Konsultationen zwischen beiden südvietnamesischen Parteien festgelegt. Der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht wird ferner die Verfahrensweisen und Modalitäten der Wahlen auf lokaler Ebene entscheiden, über die sich die beiden südvietnamesischen Parteien einigen.

Artikel 13: Die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam ist von beiden südvietnamesischen Parteien im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung, ohne ausländische Einmischung und in Übereinstimmung mit der Nachkriegssituation zu regeln. Zu den Fragen, die von den beiden südvietnamesischen Parteien erörtert werden sollen, gehören Schritte, um ihre Truppenstärke zu reduzieren und die Truppen, die reduziert werden, zu demobilisieren. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden das so bald wie möglich tun.

Artikel 14: Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Unabhängigkeit verfolgen. Es wird bereit sein, Beziehungen zu allen Ländern herzustellen, ungeachtet ihrer politischen und Gesellschaftssysteme auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, und wirtschaftliche und technische Hilfe von jedem Land ohne politische Bedingungen akzeptieren. Für die künftige Akzeptierung von Militärhilfe durch Südvietnam wird die Regierung zuständig sein, die gemäß Artikel 9 b) nach den allgemeinen Wahlen in Südvietnam gebildet wird.

## Kapitel 5

### Die Wiedervereinigung Vietnams und das Verhältnis zwischen Nord- und Südvietnam

Artikel 15: Die Wiedervereinigung Vietnams soll Schritt für Schritt mit friedlichen Mitteln auf der Basis von Diskussionen und Abkommen zwischen Nord- und Südvietnam, ohne Zwang oder Annexion durch eine der beiden Parteien und ohne ausländische Einmischung herbeigeführt werden. Der Zeitpunkt der Wiedervereinigung wird von Nord- und Südvietnam vereinbart.

Bis zur Wiedervereinigung ist vorgesehen:

a) Die militärische Demarkationslinie

zwischen den beiden Zonen am 17. Breitengrad ist nur provisorisch und keine politische oder territoriale Grenze, wie in Paragraph 6 der Schlußerklärung der Genfer Konferenz von 1954 vorgesehen.

b) Nord- und Südvietnam sollen die entmilitarisierte Zone auf beiden Seiten der provisorischen militärischen Demarkationslinie respektieren.

c) Nord- und Südvietnam sollen unverzüglich Verhandlungen aufnehmen, um auf den verschiedensten Gebieten wieder normale Beziehungen herzustellen. Zu Fragen, die verhandelt werden sollen, gehören die Modalitäten des Zivilverkehrs über die provisorische militärische Demarkationslinie hinweg.

d) Nord- und Südvietnam sollen sich keinem militärischen Bündnis oder militärischen Block anschließen und es ausländischen Mächten nicht gestatten, Militärstützpunkte, Truppen, Militärberater und Militärpersonal auf ihrem jeweiligen Gebiet zu belassen, wie in den Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 festgelegt.

## Kapitel 6

### Die gemeinsamen Militärkommissionen, die internationale Kontroll- und Überwachungskommission, die internationale Konferenz

Artikel 16 a): Die an der Konferenz über Vietnam beteiligten Parteien werden unverzüglich Vertreter ernennen, um eine vierseitige gemeinsame Militärkommission zu bilden, die die Aufgabe hat, gemeinsame Aktionen der beteiligten Parteien bei der Verwirklichung der folgenden Artikel dieses Abkommens zu sichern:

- Paragraph 1 von Artikel 2 über die Durchsetzung der Feuereinstellung in ganz Südvietnam;

- Artikel 3 a) über die Feuereinstellung durch die USA-Streitkräfte und die Truppen der anderen Länder, die in diesem Artikel erwähnt werden;

- Artikel 3 c) über die Feuereinstellung zwischen allen Seiten in Südvietnam;

- Artikel 5 über den Abzug der US-Truppen sowie der in Artikel 3 a) erwähnten Truppen der anderen Länder aus Südvietnam;

- Artikel 6 über die Räumung der Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten sowie der Militärbasen der in Artikel 3 a) erwähnten anderen Länder in Südvietnam;

- Artikel 8 a) über die Rückkehr des gefangengenommenen Militärpersonals und der ausländischen Zivilpersonen der beteiligten Parteien;

- Artikel 8 b) über die beiderseitige Unterstützung der Parteien bei der Erlangung von Informationen über jene militärische und ausländischen Zivilpersonen der Parteien, die vermißt werden.

b) Die vierseitige gemeinsame Militärkommission wird im Einklang mit dem Prinzip der Konsultationen und der Einstimmigkeit arbeiten. Unstimmigkeiten werden der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission mitgeteilt.

c) Die vierseitige gemeinsame Militärkommission wird unmittelbar nach der Unterzeichnung dieses Abkommens ihre Arbeit beginnen und ihre Tätigkeit in 60 (sechzig) Tagen nach Vollendung des Abzugs der US-Truppen sowie der Truppen der in Artikel 3 a) erwähnten anderen Länder und nach Vollendung der Rückkehr der gefangengenommenen Militär- und ausländischen Zivilpersonen der Parteien beenden.

d) Die vier Parteien werden unverzüglich

lich Organisation, Arbeitsverfahren, Arbeitsmittel und Ausgaben der vierseitigen gemeinsamen Militärkommission vereinbaren.

**Artikel 17 a):** Die beiden südvietnamesischen Parteien werden unverzüglich Vertreter ernennen, um eine zweiseitige gemeinsame Militärkommission zu bilden, die die Aufgabe hat, gemeinsame Aktionen der beiden südvietnamesischen Parteien bei der Verwirklichung der folgenden Artikel dieses Abkommens zu sichern:

● Paragraph 1 von Artikel 2 über die Durchsetzung der Feuereinstellung in ganz Südvietnam, wenn die vierseitige gemeinsame Militärkommission ihre Tätigkeit beendet hat;

● Artikel 3 b) über die Feuereinstellung zwischen den beiden südvietnamesischen Parteien;

● Artikel 3 c) über die Feuereinstellung zwischen allen Parteien in Südvietnam, wenn die vierseitige gemeinsame Militärkommission ihre Tätigkeit beendet hat;

● Artikel 7 über das Verbot der Einführung von Truppen nach Südvietnam und alle anderen Punkte dieses Artikels;

● Artikel 8 c) über die Frage der Rückführung von gefangengenommenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen in Südvietnam;

● Artikel 9 b) über freie und demokratische allgemeine Wahlen in Südvietnam;

● Artikel 13 über die Reduzierung der Truppen der beiden südvietnamesischen Seiten und die Demobilisierung der reduzierten Truppen.

b) Unstimmigkeiten werden der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission mitgeteilt.

c) Nach der Unterzeichnung dieses Abkommens wird die zweiseitige gemeinsame Militärkommission unverzüglich die Maßnahmen und die Organisation vereinbaren, die auf die Durchsetzung der Feuereinstellung und die Erhaltung des Friedens in Südvietnam abzielen.

**Artikel 18 a):** Nach der Unterzeichnung dieses Abkommens wird sofort eine internationale Kontroll- und Überwachungskommission eingesetzt.

b) Bis die in Artikel 19 vorgesehene internationale Konferenz definitive Vereinbarungen trifft, wird die internationale Kontroll- und Überwachungskommission der Parteien über Angelegenheiten hinsichtlich der Kontrolle und Überwachung bei der Verwirklichung der folgenden Artikel dieses Abkommens berichten:

● Paragraph 1 von Artikel 2 über die Durchsetzung der Feuereinstellung in ganz Südvietnam;

● Artikel 3 a) über die Feuereinstellung durch die US-Streitkräfte und die Truppen der in diesem Artikel erwähnten anderen Länder;

● Artikel 3 c) über die Feuereinstellung zwischen allen Parteien in Südvietnam;

● Artikel 5 über den Abzug der US-Truppen sowie der Truppen der in Artikel 3 a) erwähnten anderen Länder aus Südvietnam;

● Artikel 6 über die Räumung der Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten sowie der Militärbasen der in Artikel 3 a) erwähnten anderen Länder in Südvietnam;

● Artikel 8 a) über die Rückkehr der gefangengenommenen Militär- und ausländischen Zivilpersonen der Parteien.

Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird Kontrollgruppen für die Erfüllung ihrer Aufgaben bilden. Die vier Parteien werden unverzüglich Ort und Arbeit dieser Gruppen vereinbaren. Die Parteien werden ihre Arbeit erleichtern.

c) Bis die internationale Konferenz endgültige Vereinbarungen trifft, wird die internationale Kontroll- und Überwachungskommission den beiden südvietnamesischen Parteien über Angele-

genheiten hinsichtlich der Kontrolle und Überwachung der Verwirklichung der folgenden Artikel dieses Abkommens berichten:

● Paragraph 1 von Artikel 2 über die Durchsetzung der Feuereinstellung in ganz Südvietnam, wenn die vierseitige gemeinsame Militärkommission ihre Tätigkeit beendet hat;

● Artikel 3 b) über die Feuereinstellung zwischen den beiden südvietnamesischen Parteien;

● Artikel 3 c) über die Feuereinstellung zwischen allen Parteien in Südvietnam, wenn die vierseitige gemeinsame Militärkommission ihre Tätigkeit beendet hat;

● Artikel 7 über das Verbot der Einführung von Truppen nach Südvietnam und alle anderen Punkte dieses Artikels;

● Artikel 8 c) über die Frage der Rückkehr von in Südvietnam gefangengenommenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen;

● Artikel 9 b) über freie und demokratische allgemeine Wahlen in Südvietnam;

● Artikel 13 über die Reduzierung der Truppen der beiden südvietnamesischen Parteien und die Demobilisierung der reduzierten Truppen.

Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird Kontrollgruppen für die Erfüllung ihrer Aufgaben bilden. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden unverzüglich Ort und Arbeit dieser Gruppen vereinbaren. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden ihre Arbeit erleichtern.

d) Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird sich aus Vertretern von vier Ländern – Kanada, Ungarn, Indonesien und Polen – zusammensetzen. Der Vorsitz dieser Kommission wird von den Mitgliedern im Rotationsverfahren für bestimmte Zeiträume wahrgenommen, die die Kommission festlegt.

e) Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird ihre Aufgaben im Einklang mit dem Prinzip der Achtung der Souveränität Südvietnams erfüllen.

f) Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird im Einklang mit dem Prinzip von Konsultationen und der Einstimmigkeit arbeiten.

g) Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird ihre Arbeit aufnehmen, wenn in Vietnam ein Waffenstillstand in Kraft tritt. Was die in Artikel 18 b) enthaltenen Bestimmungen hinsichtlich der vier Parteien angeht, so soll die internationale Kontroll- und Überwachungskommission ihre Tätigkeit beenden, wenn die Kontroll- und Überwachungsaufgaben der Kommission hinsichtlich dieser Bestimmungen erfüllt sind. Was die in Artikel 18 c) enthaltenen Bestimmungen über die beiden südvietnamesischen Parteien betrifft, so soll die internationale Kontroll- und Überwachungskommission ihre Tätigkeit auf Ersuchen der Regierung beenden, die nach den allgemeinen Wahlen in Südvietnam gemäß Artikel 9 b) gebildet wird.

h) Die vier Seiten sollen sich unverzüglich über die Organisation, die Arbeitsweise und die Ausgaben der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission einigen. Die Beziehungen zwischen der internationalen Kommission und der internationalen Konferenz vereinbart.

**Artikel 19:** Die beteiligten Parteien einigen sich über die Einberufung einer internationalen Konferenz innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, um die unterzeichneten Abkommen zu bestätigen, die Beendigung des Krieges, die Wahrung des Friedens in Vietnam, die Achtung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und des Selbstbestimmungsrechts des südvietnamesischen Vol-

kes zu garantieren und zum Frieden in Indochina beizutragen und ihn zu garantieren.

Die Demokratische Republik Vietnam und die Vereinigten Staaten werden im Namen der an der Pariser Vietnam-Konferenz beteiligten Parteien folgende Seiten eine Beteiligung an dieser internationalen Konferenz vorschlagen: der Volksrepublik China, der Republik Frankreich, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich, den vier Ländern der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zusammen mit den an der Pariser Vietnamkonferenz beteiligten Seiten.

## Kapitel 7

### Zu Kambodscha und Laos

**Artikel 20 a):** Die an der Pariser Konferenz über Vietnam teilnehmenden Parteien werden die Genfer Abkommen über Kambodscha von 1954 und die Genfer Abkommen über Laos von 1962, in denen die nationalen Grundrechte des kambodschanischen und des laotischen Volkes, das heißt die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität dieser Länder anerkannt wurden, strikt einhalten.

Die an der Pariser Konferenz über Vietnam teilnehmenden Parteien verpflichten sich, das Territorium Kambodschas und das Territorium Laos' nicht zu Anschlägen gegen die Souveränität und Sicherheit des anderen und anderer Länder zu benutzen.

b) Ausländische Staaten werden alle militärischen Handlungen in Kambodscha und Laos einstellen, ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, Munition und ihr Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern vollständig abziehen und sie nicht erneut dorthin bringen.

c) Die inneren Angelegenheiten Kambodschas und Laos' werden von den Völkern jedes dieser Länder selbst ohne ausländische Einmischung geregelt.

d) Die Probleme, die zwischen den Ländern Indochinas bestehen, werden von den indochinesischen Seiten auf der Grundlage der Respektierung der gegenseitigen Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen gelöst.

## Kapitel 8

### Das Verhältnis zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten

**Artikel 21:** Die Vereinigten Staaten gehen davon aus, daß dieses Abkommen eine Ära der Versöhnung mit der Demokratischen Republik Vietnam sowie mit allen Völkern Indochinas einleitet. In Übereinstimmung mit ihrer traditionellen Politik werden die Vereinigten Staaten zur Heilung der Wunden des Krieges und zum Nachkriegsaufbau in der Demokratischen Republik Vietnam und in ganz Indochina beitragen.

**Artikel 22:** Die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam und die strikte Durchführung dieses Abkommens werden die Bedingungen für die Herbeiführung eines neuen, gleichberechtigten und dem gegenseitigen Nutzen dienenden Verhält-

nisses zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität des anderen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen schaffen. Dies wird gleichzeitig einen stabilen Frieden in Vietnam garantieren und zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens in Indochina und Südostasien beitragen.

## Kapitel 9

### Das Inkrafttreten

Artikel 23: Das Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die

Wiederherstellung des Friedens in Vietnam tritt mit der Unterzeichnung dieses Abkommens durch den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und durch den Außenminister der Regierung der Vereinigten Staaten sowie mit der Unterzeichnung eines gleichlautenden Dokuments durch den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, den Außenminister der Regierung der Vereinigten Staaten und den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Regierung der Republik Vietnam in Kraft. Das Abkommen und die Protokolle dazu werden von allen betei-

ligten Parteien strikt eingehalten.

Ausgefertigt am 27. Januar 1973 in Paris in vietnamesischer und englischer Sprache. Sowohl der vietnamesische als auch der englische Text haben offiziellen Charakter und sind gleichermaßen rechtskräftig.

Für die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam

Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Außenminister

Quelle: UZ 2.2.73



# KURZ- INFORMATION

## BRD/Südafrika

Ogleich die "Politik des Dialogs" des südafrikanischen Minderheitenregimes gegenüber den afrikanischen Staaten gescheitert ist, setzen die Repräsentanten großkapitalistischer Interessen Südafrikas mit Unterstützung ausländischer Konzerne ihre Versuche fort, von der als politisch stabil geltenden südafrikanischen Basis aus südlich des Äquators ökonomisch und politisch Fuß zu fassen. Dieser Vorstoß nach Norden ist nach Meinung des Vorsitzenden der südafrikanischen Trust Bank Group, Dr. Jan S. Marais, aus sicherheitspolitischen, ökonomischen und strategischen Erwägungen notwendig. Dieser Vertreter des Finanzkapitals befürchtet sicherlich mit Recht: "Solange in Afrika Armut herrscht, drohen in den an uns grenzenden Ländern Hungersnöte und Revolutionen auszubrechen" und besteht die Gefahr, daß das politisch und ökonomisch unterdrückte schwarze Proletariat Südafrikas sich aus seiner elenden Lage mit Hilfe einer sozialen Revolution befreit. Diese Befürchtung teilt ebenfalls der südafrikanische Tabak-Milliardär Anton Rupert, der als fünftgrößter Tabakwarenproduzent der Welt über ein international verzweigtes Netz von Produktionsstätten in Nord- und Südamerika, Europa, Afrika, Asien und Australien verfügt und überdies ins Brauereigeschäft Dänemarks und Nordamerikas eingedrungen ist.

Mit dem Ziel, die sozialrevolutionären Bewegungen im südlichen Afrika zu schwächen, und in der Absicht, den Bereich südlich des Äquators der südafrikanischen und internationalen kapitalistischen Expansion zu sichern, hat der Großunternehmer Rupert die Economic Development Corporation for Equatorial and Southern Africa (=EDESA) mit einem Grundkapital von 20 Mio. Rand ins Leben gerufen, die ihren Sitz in Luxemburg hat, und an der vorerst neben Rupert mit 800 000

Rand die US-Konzerne General Motors mit 400 000 Rand und International Business Machines (IBM) mit 200 000 Rand beteiligt sind. Zum Chef dieser auf das südliche Afrika konzentrierten Investitionsbank ist der ehemalige Sozialdemokrat und westdeutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller ernannt worden.

Für die Übernahme eines Postens in den Institutionen der internationalen Finanzoligarchie mit Tätigkeitsschwerpunkt im südlichen Afrika ist Karl Schiller besonders geeignet:

1. Seine ökonomischen Arbeiten aus der Zeit des deutschen Faschismus weisen ihn als Experten für Fragen kapitalistischer "Neuordnung der Weltwirtschaft" im Dienste imperialistischer Expansion aus. Auf diese Kenntnisse kann das rassistische Minderheitenregime zurückgreifen.

2. Als Förderer südafrikanischer und internationaler Kapitalexpansion machte er spätestens als sozialdemokratischer Wirtschaftsminister auf sich aufmerksam, als er die Vergabe von Krediten und Bürgschaften für die am Bau des Cabora-Bassa-Staudamms beteiligten westdeutschen Konzerne nachdrücklich rechtfertigte.

## Adressenänderung

bitte

rechtzeitig

## bekanntgeben

3. Als ehemaliger Wirtschaftsminister und Mitglied verschiedener nationaler und internationaler Organisationen besitzt er nützliche persönliche Kontakte zu Vertretern von Großindustrie, Hochfinanz und staatlichen Bürokratien, die er in den Dienst seiner neuen Aufgaben stellen kann.

Da der erwartete private Kapitalstrom ins südliche Afrika von den Initiatoren der neuen Investitionsbank als eine Antwort auf sozialistische Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich verstanden wird, steht der

Chef der EDESA zunächst vor der Aufgabe, Vertrauen für sein Institut zu erlangen. Es gelte - schrieb eine südafrikanische Zeitung -, die Völker des südlichen Afrika zu überzeugen, daß es die EDESA "ehrlich" mit ihnen meine und "keine imperialistische Agentur" sei. (The Star, Johannesburg, 23.9., 30.9., 7.10., 11.11.1972, SZ, 24.1.1973, Der Spiegel, 29.1.1973)



## Den X. Weltfestspielen entgegen

Das Internationale Vorbereitungskomitee für die Weltfestspiele der Jugend und Studenten hat beschlossen, die X. Weltfestspiele vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin/DDR durchzuführen. Das Komitee hat zur Vorbereitung der Weltfestspiele einen Aufruf herausgegeben.

### Großbritannien/Angola

Die Leitung der British Aircraft Corporation suchte Ende Januar 1973 nach den Ursachen einer groben "Panne": Am Prototyp des britisch-französischen Überschallverkehrsflugzeuges "Concorde" flatterte bei der Landung in Angola neben der britischen Flagge auch die Fahne der gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfenden Befreiungsbewegung MPLA. Ein Firmensprecher in London sagte dazu: "Die Besatzung war ehrlich der Meinung, daß sie die Fahne von Angola zeigte." (FAZ v. 27.1.73)

### USA/Portugal

Einer AP-Meldung zufolge ist der US-Automobilkonzern Chrysler jetzt nach einer gerichtlichen Untersuchung offiziell angeklagt worden, Kriegsmaterial an Portugal geliefert und damit gegen Exportvorschriften verstoßen zu haben. (FAZ v. 18.1.73)

### Argentinien

Die Durchführung der Wahlen in Argentinien am 11. März dieses Jahres und die Errichtung einer zivilen bürgerlich-demokratischen Regierung sind durch die letzte Anordnung von Junta-Präsident Lanusse in starkem Maße gefährdet. Er wies die Wahlgerichtsbarkeit an, die

Wir suchen Freunde und Genossen, die bereit sind, uns bei der Übersetzung von Dokumenten und anderen Texten ins Deutsche zu helfen.

Zulassung der von den Perónisten und zehn anderen politischen Parteien gegründete "Frente Cívica de Liberación Nacional" (Bürgerfront zur nationalen Befreiung) zu den Wahlen rückgängig zu machen. Die Begründung ist mehr als fadenscheinig:

Laut dpa wird dieser Front von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, in ihren Wahlversammlungen zu Gewalt aufzuhetzen und mit dem Slogan "Campora an die Regierung, Perón an die Macht" zu werben. Dies stelle eine Verletzung des §22 der Verfassung dar, der besagt, daß das "Volk nur durch seine gewählten Vertreter regiert." Die Militärjunta ist aber nicht bereit, ihre Regierungsgewalt per Wahlentscheid abzutreten, sondern wird diese notfalls auch mit Waffengewalt sichern; so General Lanusse bei einer Truppeninspektion in Bahia Blanca: "Wir haben unsere Waffen nicht bloß zur Zierde, sondern auch zur Durchsetzung unserer politischen Ziele."

Der wirkliche Grund liegt in der Angst des Militärs vor einem sicheren Wahlsieg der Bürgerfront und der Regierungsübernahme durch die perónistische Partei und ihre Verbündeten. Der Wunsch von Junta-Präsident Lanusse, durch eine "große nationale Übereinkunft" alle bürgerlichen politischen Parteien einschließlich der Perónisten dazu zu bewegen, mit den Militärs gemeinsam ein Programm und einen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen auszuhandeln, konnte auch während des Aufenthaltes von Perón in Argentinien vom 17. November bis Ende Dezember letzten Jahres nicht realisiert werden.

Seit dieser Zeit nahm die schon vorhandene Konfrontation zwischen dem Militär und den ihm verbundenen konservativen oligarchischen Kreisen und der übrigen Bevölkerung zunehmend schärfere Formen an. Sogar der Führer der Union Cívica Radical del Pueblo (UCRP = bürgerlich-radikale Union des Volkes) Dr. Ricardo Balbin, der maßgebend am Sturz Peróns beteiligt war, erklärte sich bereit, nach den Wahlen eine gemeinsame Regierung mit den Perónisten und ihren Verbündeten zu bilden.

Außer der UCRP haben sich alle anderen politischen Gruppen und Parteien Wahlkoalitionen angeschlossen. Der wichtigste Wahlblock ist neben der schon erwähnten antiimperialistischen Bürgerfront mit dem Präsidentschaftskandidaten Hector Cámpora, die von der Militärjunta geförderte "Republikanische Allianz" mit dem Lanusse Intimus Brigadegeneral Ezequiel Martínez als Präsidentschaftskandidaten.

Bei der Durchführung normaler Wahlen würde die Bürgerfront sicher mindestens 40%-50% der Stimmen - darunter wahrscheinlich die eines großen Teils der noch immer verbotenen Kommunistischen Partei - erhalten, die UCRP ca. 30% und die Republikanische Allianz höchstens 12%.

( FAZ, FR, ND ab November 1972 )

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung  
FR = Frankfurter Rundschau  
ND = Neues Deutschland  
SZ = Süddeutsche Zeitung

Antiimperialistisches  
Informationsbulletin 3/73

bringt u.a.:

PORTUGIESISCHE KOLONIEN  
Presseanalyse zum Mord an  
Amilcar Cabral

PHILIPPINEN  
Pomeroy: Neokolonialismus  
in der Krise

## BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto  
Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.  
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro  
Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"  
p.A. Barbara Schilling  
355 Marburg/Lahn  
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,  
PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,  
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:  
H.-D. Batz, E. Boris, B. Braun, H. Haustein,  
B. Hebel-Kunze, E. Jettka, G. Meyer, Ch.  
Meyszner, W. Mutius, J. Ostrowsky, E. Weidlich.